

Fragen

für die Fragestunden

der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 7. Februar 1979

am Donnerstag, dem 8. Februar 1979

	Seite
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . . .	16
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	17, 21 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	3, 22 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	6, 25 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	8, 26 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	9, 27 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	10, 29 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	10, 30 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	12, 32 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	2, 34 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen	2, 35 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	13, 39 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen .	13, 40 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	14, 40 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft .	15, 42 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit	42 *)

*) Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien.

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Jugend, Familie und Gesundheit**

1. Abgeordneter
Dr. Ahrens
(SPD) Hält die Bundesregierung den Schutz der Arbeitnehmer wie auch der Bevölkerung vor schädlichen Auswirkungen von Chemikalien auf Grund der geltenden Rechtsvorschriften für ausreichend, und wenn nein, welche Folgerungen zieht sie für ihren Verantwortungsbereich daraus?
2. Abgeordneter
Dr. Ahrens
(SPD) Welchen Stellenwert mißt die Bundesregierung dem Erlass eines „Chemikaliengesetzes“ zu, und wann ist gegebenenfalls mit der Vorlage eines Gesetzentwurfs zu rechnen?
3. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) Welches Ergebnis brachte das am 25. Januar geführte Fachgespräch im Bundesgesundheitsamt in Berlin, in dem geklärt werden sollte, wie die Verunreinigung der einzelnen Biersorten durch kanzerogenes Nitrosamin gesundheitlich zu bewerten und welche technologischen Umstellungen über die ersten Maßnahmen hinaus erforderlich sind, um das bekannt gewordene vermeidbare Risiko zu beseitigen?
4. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU) Propagiert die Bundesregierung schon jetzt den Regierungsentwurf über das neue Jugendhilferecht und seine Leistungen, obwohl der Bundesrat ihn abgelehnt hat und er dem Bundestag noch gar nicht vorgelegt worden ist, und wenn ja, was veranlaßt sie dazu?
5. Abgeordneter
Kroll-Schlüter
(CDU/CSU) Wieviel hat die Broschüre „Jugendhilfe – Der Gesetzentwurf: mehr Hilfe – weniger Eingriffe“ des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit gekostet?
6. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD) Trifft es zu, daß im Entwurf der Bundesregierung für die Rechtsverordnung zur Mindestpersonalbesetzung im Pflegebereich ein Personalschlüssel von mindestens 1 : 5 vorgesehen ist, und welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus der Feststellung des Kuratoriums Deutsche Altershilfe, daß dieser Schlüssel völlig unzureichend sei?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr
und für das Post- und Fernmeldewesen**

7. Abgeordneter
Kolb
(CDU/CSU) Wie wird z. Z. die Autobahn A 96 zwischen Memmingen und Lindau auf baden-württembergischem Gebiet geplant, und um wieviel höher ist der Planungsaufwand, wenn die Strecke vierspurig geplant, jedoch nur zweispurig ausgebaut wird, bzw. wenn nur zweispurig geplant und ausgebaut wird?
8. Abgeordneter
Kolb
(CDU/CSU) Inwieweit werden Kunstbauwerke, Dammschüttungen etc. schon für einen Vollausbau auch bei einem zweispurigen Ausbau mit in der ersten Phase durchgeführt, und wie hoch sind dann schätzungsweise bei diesem angefragten Autobahnstück diese zusätzlichen Kosten?

- | | |
|--|---|
| 9. Abgeordneter
Josten
(CDU/CSU) | Wie weit sind die neuesten Erkenntnisse im Bundesverkehrsministerium gediehen, um zukünftig an den Autobahnen in Wohnbereichen Lärmschutzwände zu erstellen? |
| 10. Abgeordneter
Josten
(CDU/CSU) | Wird eine positive Entscheidung zur Anbringung einer Lärmschutzwand an der A 61 im Bereich des Ortsteils Gelsdorf, in der Gemeinde Grafschaft, erfolgen? |
| 11. Abgeordneter
Gerster
(Mainz)
(CDU/CSU) | Ist die Bundesregierung bereit, aus Anlaß des Jahrs des Kindes ein vom Bund getragenes „Förderprogramm Sicherer Schulweg“ zu schaffen, durch das die Kommunen zur gezielten Verbesserung der Verkehrssicherheit auf Schulwegen veranlaßt werden könnten, um dadurch Leben und Gesundheit der Schulkinder auf ihren täglichen Schulwegen zu sichern? |
| 12. Abgeordneter
Dr. von Geldern
(CDU/CSU) | Trifft es zu, daß die Deutsche Bundespost die Stilllegung einer erheblichen Anzahl von Poststellen in kleineren Orten „auf dem flachen Land“ plant, oder kann die Bundesregierung diese Befürchtungen als unbegründet ausräumen? |
| 13. Abgeordneter
Dr. von Geldern
(CDU/CSU) | Wie kann die Bundesregierung gegebenenfalls solche Vorstellungen mit der gebotenen Chancengerechtigkeit für Stadt und Land vereinbaren? |
| 14. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) | Welches sind die Gründe dafür, daß das elektronische Wählsystem, dessen Einführung seit zehn Jahren angekündigt wird, plötzlich für den Fernverkehr nicht mehr in Frage kommt, und welche nachteiligen Folgen ergeben sich daraus für die Deutsche Bundespost im Hinblick auf den weiteren Ausbau des Fernmeldewesens, Umplanungen und den bereits erfolgten Investitionen im Hinblick auf das elektronische Wählsystem (EWS)? |
| 15. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) | Ist es weiterhin sinnvoll und wirtschaftlich vertretbar, das EWS im Ortsvermittlungsbereich weiter einzuführen, wenn die Fernvariante in Digitaltechnik ausgeführt wird? |
| 16. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) | Bis zu welchem Termin wird die Deutsche Bundespost, der der Genfer Wellenplan seit Monaten bekannt ist, gegebenenfalls unter Nutzung von Provisorien, die vollen Sendeleistungen auch auf den neuen Frequenzen und an den neuen Standorten für den Deutschlandfunk, der den verfassungsmäßig gebotenen gesetzlichen Auftrag hat, ein umfassendes Bild von ganz Deutschland zu vermitteln, gewährleisten, und wird sie ihre Messungen der Sendeleistungen — auch im Zusammenhang mit minimalen Frequenzabweichungen — technisch im Jahr 1979 so gestalten, daß sie den tatsächlichen Hörereindrücken entsprechen, also einen Sinn haben? |

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

- | | |
|---|--|
| 17. Abgeordneter
Urbanik
(SPD) | Welche Anforderungen sind an „ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache“ zu stellen, die auf Grund der neuen Bestimmungen in der Verwaltungsvorschrift zum Ausländergesetz seit dem 1. Oktober 1978 Voraussetzung für die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis an ausländische Arbeitnehmer und ihre Familienangehörigen sind? |
|---|--|

18. Abgeordneter **Urbanik** (SPD) Trifft es zu, daß das Vorliegen dieser Voraussetzung nur durch Ablegung einer Sprachprüfung festgestellt werden kann?
19. Abgeordneter **Dr. Kunz** (Weiden) (CDU/CSU) Welche konkreten Anhaltspunkte liegen der Bundesregierung dafür vor, daß die Sprengstoffanschläge auf Sendeanlagen in Koblenz und Münster von Rechtsextremisten verübt wurden?
20. Abgeordneter **Dr. Kunz** (Weiden) (CDU/CSU) Kann die Bundesregierung ausschließen, daß diese Anschläge wie vergleichbare Aktionen aus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland auf Initiative anderer Gruppierungen und Organisationen zurückgehen?
21. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU) Nach welchen rechtsverbindlichen Leitlinien geschieht gegenwärtig die Planung baulicher und sonstiger technischer Schutzmaßnahmen gegen Störfälle bei Kernkraftwerken nach § 28 der Strahlenschutzverordnung vom 13. Oktober 1976?
22. Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, in wieviel Städten und Gemeinden der Bundesrepublik Deutschland verfassungsfeindliche Organisationen ordentliches Mitglied in Jugendringen sind, und in welchem Umfang diese Organisationen mit öffentlichen Mitteln gefördert werden?
23. Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU) Sind der Bundesregierung Fälle bekannt, daß demokratische politische Jugendorganisationen (wie Junge Union) nicht in Jugendringe aufgenommen worden sind, wohl aber verfassungsfeindliche Jugendorganisationen wie z. B. die SDAJ (wie es beispielsweise in Heilbronn geschehen ist), und wie beurteilt die Bundesregierung gegebenenfalls diesen Sachverhalt unter verfassungsschutzrechtlichen Gesichtspunkten?
24. Abgeordneter **Dr. Wittmann** (München) (CDU/CSU) Hat oder unterstützt die Bundesregierung Pläne, gesetzliche Bestimmungen zur Bekämpfung des Terrorismus einzuschränken?
25. Abgeordneter **Lagershausen** (CDU/CSU) Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, mit welchem finanziellen Aufwand seit dem Inkrafttreten des Grundlagenvertrags die DDR ihre Agententätigkeit gegen die Bundesrepublik Deutschland betreibt?
26. Abgeordneter **Dr. Müller** (CDU/CSU) Hat es die Bundesregierung bisher unterlassen, ihre Ankündigung wahr zu machen, durch geeignete Information der Bevölkerung Verfassungsschutz durch Aufklärung zu betreiben, und wenn ja, warum, und wie gedenkt sie, das Versäumte nachzuholen?
27. Abgeordneter **Schröder** (Lüneburg) (CDU/CSU) Mit welchen Methoden und bei welchen Gelegenheiten werden Deutsche aus der Bundesrepublik Deutschland von den Behörden der DDR für Agententätigkeiten angeworben?
28. Abgeordneter **Schröder** (Lüneburg) (CDU/CSU) Hat sich an der Feststellung der Bundesregierung im Verfassungsschutzbericht 1977 etwas geändert, daß Besucher aus der Bundesrepublik Deutschland in der DDR in besonderer Weise Gegenstand von Bemühungen sind, sie für eine Agententätigkeit zugunsten der DDR anzuwerben, und was unternimmt die Bundesregierung, DDR-Besucher in geeigneter Weise über diese ihnen drohende Gefahr aufzuklären?

29. Abgeordneter
Schmöle
(CDU/CSU) Mit welcher Zahl noch unentdeckt in der Bundesrepublik Deutschland arbeitender Agenten der DDR sowie der anderen Warschauer-Pakt-Staaten ist auf Grund der Erkenntnisse zu rechnen, über die die Bundesregierung verfügt?
30. Abgeordneter
Sauer
(Salzgitter)
(CDU/CSU) Welches sind nach den Erkenntnissen der Bundesregierung die Schwerpunkte der DDR-Spionage in der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere die Schwerpunkte der Wirtschaftsspionage?
31. Abgeordneter
Schwarz
(CDU/CSU) Teilt der Bundesinnenminister die 1974 publizierte Auffassung seines Amtsvorgängers, daß eine ursächliche Erforschung und geistige Durchdringung des politischen Extremismus heute mehr denn je notwendig sei, und welche Folgerungen zieht sie gegebenenfalls daraus?
32. Abgeordneter
Schwarz
(CDU/CSU) Hält der Bundesinnenminister wie sein Amtsvorgänger „eine großangelegte empirische Untersuchung zum Komplex Linksextremismus“ zur Ergänzung des Verfassungsschutzes durch entsprechende Verfassungsaufklärung weiterhin für zweckmäßig, und wenn ja, wird er sich entsprechend verhalten?
33. Abgeordneter
Dr. Jentsch
(Wiesbaden)
(CDU/CSU) Welchen Nutzen hat die 1974 vom Bundesinnenminister bei Infratest München in Auftrag gegebene und nach Pressemeldungen zwar inzwischen abgelieferte, aber noch nicht abgenommene und nicht veröffentlichte empirische Untersuchung „Politischer Protest in der Bundesrepublik Deutschland“ für die Verfassungsaufklärung bisher entfaltet und welchen erwartet der Bundesinnenminister noch auf welche Weise von ihr?
34. Abgeordneter
Dr. Jentsch
(Wiesbaden)
(CDU/CSU) Wie hoch ist der Gesamtaufwand für diese Studie (Leistungen an Infratest zuzüglich Kosten der Begleitung durch das Bundesinnenministerium und andere öffentliche Dienststellen)?
35. Abgeordneter
Regenspurger
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, den außergewöhnlichen starken körperlichen und psychischen Belastungen der Beamten der Grenzschutzgruppe 9 unverzüglich durch Gewährung einer besonderen Erschwerniszulage Rechnung zu tragen?
36. Abgeordneter
Regenspurger
(CDU/CSU) Wenn ja, in welcher Höhe und ab welchem Zeitpunkt wird die Zulage gewährt werden?
37. Abgeordneter
Dr. Schwencke
(Nienburg)
(SPD) Kann die Bundesregierung bestätigen, daß Staatsminister Wischnewski bei seiner letzten Besprechung mit Mitgliedern der DDR-Regierung in Berlin (Ost) auch die katastrophale Situation, die auf Grund der von DDR-Industrien verursachten Salzverseuchung in der Weser eingetreten ist, zur Sprache gebracht hat, und zu welchen Ergebnissen hat dieses Gespräch gegebenenfalls geführt?
38. Abgeordneter
Menzel
(SPD) Trifft es zu — wie im Spiegel Nr. 2/79 berichtet —, daß der Christliche Gewerkschaftsbund aus Verfassungsschutzmitteln unterstützt worden ist, und wenn ja, welchem Zweck diene die Regelung, auf diese Weise einen Arbeitnehmerverband zu unterstützen?

39. Abgeordneter
Jungmann
(SPD) Wann kann mit Abschluß der Sicherheitsüberprüfungen der politischen Gefangenen aus Argentinien durch das Bundesinnenministerium und damit mit der Ankunft der ersten Argentinier in der Bundesrepublik Deutschland gerechnet werden?
40. Abgeordneter
Hoffmann
(Saarbrücken)
(SPD) Wann ist mit der Veröffentlichung von Ergebnissen der von dem Bundesinnenminister eingesetzten Arbeitsgruppe zur umstrittenen Frage der zulässigen Zusammenarbeit im Rahmen der Amtshilfe zwischen Polizei und Bundesgrenzschutz mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz zu rechnen?
41. Abgeordneter
Luster
(CDU/CSU) Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung seit ihrer Feststellung vom April 1978, sie beobachte die Bevölkerungsentwicklung in Berlin mit Sorge, unmittelbar eingeleitet?
42. Abgeordneter
Luster
(CDU/CSU) Welche Vorschläge des Senats von Berlin zur Stabilisierung der Bevölkerungsentwicklung Berlins sind seit der Ankündigung der Bundesregierung vom April 1978, sie werde das, was in ihre Zuständigkeit fällt, in die Tat umsetzen, durch die Bundesregierung mit dem Ziel der Verminderung des Fortzugs aus Berlin, der Erhöhung des Zuzugs nach Berlin und der Erhöhung der Geburtenrate der deutschen Bevölkerung in Berlin verwirklicht worden?
43. Abgeordneter
Kunz
(Berlin)
(CDU/CSU) Was hat die Bundesregierung entsprechend ihrer Ankündigung vom April 1978 auf Grund des ihr vorliegenden Schlußberichts der Enquete-Kommission des Abgeordnetenhauses von Berlin unternehmen, um die von der Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen Berlins auf ihre Realisierungsmöglichkeiten zu überprüfen und im Rahmen ihrer Zuständigkeit für deren Durchführung Sorge zu tragen?
44. Abgeordneter
Straßmeir
(CDU/CSU) Auf welche Weise ist die Bundesregierung ihrer Ankündigung gerecht geworden, aus der Erkenntnis der Enquete-Kommission des Abgeordnetenhauses von Berlin von einer zu erwartenden Halbierung des deutschen Bevölkerungsanteils der unter 15 Jahre alten Personen bis 1990 in Berlin, Konsequenzen zu ziehen, und wurde dabei insbesondere die Steigerung der Attraktivität Berlins für 2 und 3 Kinder-Familien durch gezielte und spürbare finanzielle Hilfe einbezogen?
45. Abgeordneter
Straßmeir
(CDU/CSU) Beabsichtigt die Bundesregierung, nachdem die Berlin-Kommission der vier Parteien beim Bundespräsidenten sich nur auf einem Teilbereich verständigen konnte, weitere ihr vorliegende Maßnahmenvorschläge zur Stabilisierung der Bevölkerungsentwicklung von Berlin aufzugreifen und für deren Durchführung Sorge zu tragen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

46. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU) Wie viele Agenten der DDR sind seit dem Inkrafttreten des Grundlagenvertrags aufgespürt und festgenommen worden, gegen wie viele ist ein Strafverfahren eingeleitet und wie viele sind rechtskräftig verurteilt worden?

47. Abgeordneter
Dr. Schöffberger
(SPD)
- Unter welchen Benutzungsbedingungen händigt das Deutsche Patentamt in München an beliebige Benutzer Kopien der Patentunterlagen über die Herstellung und Zusammensetzung von Nervengasen und anderen hochgiftigen Stoffen, die sich laut Patentschrift sogar „zur chemischen Kriegsführung eignen“, von hochexplosiven Stoffen und von sonstigen Stoffen und Vorrichtungen aus, mit denen ohne großen Realisierungsaufwand folgenschwere gemeingefährliche Verbrechen begangen werden können, und ist hierfür erforderlich, daß der Benutzer wenigstens die einschlägigen Patentnummern kennt, um an die Unterlagen zu kommen, und reichen nach Auffassung der Bundesregierung demzufolge die Sicherheitsvorkehrungen gegen den gemeingefährlichen Mißbrauch solcher Patente aus?
48. Abgeordneter
Dr. Schöffberger
(SPD)
- Sieht sich die Bundesregierung veranlaßt, neue Vorkehrungen zu treffen, welche sind dies gegebenenfalls, und bis wann ist mit ihnen zu rechnen?
49. Abgeordneter
Dr. Wernitz
(SPD)
- Treffen Presseberichte zu, wonach gegen eine kleine Photokopiergebühr sich jedermann beim Deutschen Patentamt in München „Rezepte für Supergifte“ besorgen kann?
50. Abgeordneter
Dr. Wernitz
(SPD)
- Hält es die Bundesregierung für notwendig oder zweckmäßig, bestehende Geheimhaltungsvorschriften bei Patentanmeldungen, wie sie bezüglich der Wahrung der äußeren Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland bestehen, auch auf den Bereich der inneren Sicherheit — etwa im Hinblick auf die Bekämpfung der Gewaltkriminalität im allgemeinen und der Terrorismusbekämpfung im besonderen — zu übertragen?
51. Abgeordneter
Dr. Emmerlich
(SPD)
- Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, wie viele Studenten bis zum 15. September 1981 die einstufige Juristenausbildung abgeschlossen haben werden?
52. Abgeordneter
Dr. Emmerlich
(SPD)
- Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, wie viele Studenten sich am 15. September 1981 noch in der einstufigen Juristenausbildung befinden, und welche Zeit sie benötigen, um diese abzuschließen?
53. Abgeordneter
Broll
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung den sowjetischen Minister der Justiz, Terebilow, bei dessen Besuch in der Bundesrepublik Deutschland gefragt, ob Gerüchte zutreffen, daß in der Sowjetunion noch Material über bisher unbekannte nationalsozialistische Gewalttaten absichtlich zurückgehalten werden bzw. noch unerforscht lagern, und wenn ja, hat sie um Übergabe des Materials gebeten?
54. Abgeordneter
Cronenberg
(FDP)
- Hält es die Bundesregierung nach dem Strafvollzugsgesetz vom 16. März 1976 für zulässig, wenn der Leiter einer Vollzugsanstalt vom Anstaltsarzt, mit Einwilligung des Gefangenen, die Einsicht in diesen betreffende Krankenunterlagen verlangt, und hält sie diese Einwilligung angesichts seiner typischen Abhängigkeit von der Anstaltsgewalt generell für rechtswirksam, und wenn nein, wird sie dieser Auffassung Geltung verschaffen?

55. Abgeordneter
Cronenberg
(FDP)
- Ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, im Rahmen der Justizministerkonferenz oder auf anderem Weg darauf hinzuwirken, daß die für die Durchführung des Strafvollzugsgesetzes zuständigen Landesbehörden eine solche Akteneinsicht auch bei formell vorliegender Einwilligung des Gefangenen grundsätzlich ausschließen?
56. Abgeordneter
Wimmer
(Mönchengladbach)
(CDU/CSU)
- Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse, die den Verdacht bestätigen könnten, den der Leiter des Dokumentationszentrums für NS-Verbrechen in Haifa, Herr Tuviah Friedmann, laut Pressemeldungen (so in der „Westdeutschen Zeitung“ vom 26. Januar 1979) anlässlich eines Gesprächs mit dem Bundesjustizminister geäußert haben soll, daß „heute noch innerhalb der Polizei zahlreiche unentdeckte NS-Verbrecher teilweise an führender Stelle tätig seien, denen mangels Zeugen nichts nachgewiesen werden könne“?
57. Abgeordneter
Wimmer
(Mönchengladbach)
(CDU/CSU)
- Rechnet die Bundesregierung damit, daß es nach Eintritt der Verjährung für Mordtaten zur Bildung von Partisanenkommandos aus Israel und den osteuropäischen Staaten kommen könne, die auf eigene Faust Rache an den NS-Verbrechern üben würden, wie Herr Friedmann bei dem in Frage 56 angeführten Gespräch ebenfalls angedeutet haben soll, und hat der Bundesjustizminister bei dem angeführten Gespräch von Herrn Friedmann Unterlagen erhalten oder in Aussicht gestellt bekommen, die geeignet sein können, eine mögliche Verjährung von NS-Verbrechen nicht eintreten zu lassen?
58. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, die Veröffentlichung der Dokumentation des Bundesarchivs über die „Verbrechen während der Vertreibung“ freizugeben, um damit zur Bewältigung der Vergangenheit beizutragen?
59. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Münster)
(CDU/CSU)
- Hat der Bundesjustizminister geäußert, daß das Zweite Wohnraumkündigungsschutzgesetz kein maßgeblicher Faktor für die mangelnde Investitionsbereitschaft im freifinanzierten Mietwohnungsbau sei und daher kein Anlaß bestehe, gesetzgeberische Initiativen zu ergreifen, und wenn ja, teilt die Bundesregierung diese Auffassung?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

60. Abgeordneter
Hasinger
(CDU/CSU)
- Hält es die Bundesregierung für sachgerecht, daß Ausbildungskosten für die Ausbildung eines gewerblichen Lehrlings als Betriebsausgaben steuerlich abgezogen werden können, Kosten für die Ausbildung eines Lehrlings in der Hauswirtschaft dagegen praktisch steuerlich nicht absetzbar sind?
61. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD)
- Hält die Bundesregierung die Anlageofferte der Bauer KG, München, steuerrechtlich zulässig, die bei Zeichnung für eine Industriebeteiligung in Berlin im Januar 1979 noch 140 v. H. Verlustzuweisung für das Jahr 1978 offeriert, und wenn nein, wird die Bundesregierung den in Auftragsverwaltung zuständigen Landesfinanzbehörden entsprechende Hinweise geben?

62. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD) Hat die Bundesregierung Kenntnis über die Abgabe von GmbH-Verlustvorträgen an andere Unternehmen durch fingierte Leistungen, und wie wird sie gegebenenfalls gegen diese mißbräuchliche Handhabung der steuerrechtlichen GmbH-Regeln vorgehen?
63. Abgeordneter
Peiter
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, in wieviel Fällen ein Verfahren wegen des Verdachts des Mißbrauchs des Investitionszulagengesetzes anhängig gemacht wurde, und wie hoch der Gesamtbetrag der Zulaagen ist, die gesetzwidrig erschlichen wurden?
64. Abgeordneter
Dr. Pfennig
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Attraktivität Berlins für junge Ehepaare und Familien steigen würde, wenn es bei der Unterstützung von Familien einen Vorsprung Berlins gegenüber den Maßnahmen anderer Bundesländer und Großstädte insbesondere durch größere finanzielle Beihilfen über einen längeren Zeitraum hinweg bei der Geburt zweiter und dritter Kinder gäbe, und ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, entsprechende in Berlin vorhandene Vorstellungen zu unterstützen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

65. Abgeordneter
Möhring
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, ob unter ausdrücklichem Hinweis auf bevorstehende Streckenstilllegungen im Zonenrand eine Kraftstoffgesellschaft einer Tankstelle im Landkreis Lüchow-Dannenberg strikte Anweisung gegeben haben soll (und damit für alle übrigen Tankstellen richtungweisend wurde), sofort den Benzinabgabepreis zu erhöhen, weil „Nachfrage den Preis macht und bei einer Streckenstilllegung der betroffene Bürger eben mehr auf sein Auto angewiesen ist“, wie dies von einem Tankstelleninhaber in einem Leserbrief in der Elbe-Jeetzel-Zeitung vom 16. Dezember 1978 behauptet wird, und welche Möglichkeiten sieht im Fall der Bestätigung des Sachverhalts die Bundesregierung, die Zonenrandbevölkerung vor solchem rigorosen Mißbrauch marktbeherrschender regionaler Positionen von Benzingesellschaften in Schutz zu nehmen?
66. Abgeordneter
Dr. Pinger
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß in der typisch mittelständisch strukturierten Feuerzinkungsindustrie der Marktanteil von Großunternehmen mit einem Umsatz von mindestens 2 Milliarden DM im Jahr 1959 7 v. H. betrug, bis zum Jahr 1977 ca. 30 v. H. und bei Genehmigung von Zusammenschlüssen im Jahr 1977 auf 53 v. H. anwachsen würde, und ist die Bundesregierung insbesondere der Auffassung, daß die Zusammenschlüsse des Jahres 1977 bereits nach geltendem Kartellrecht durch das Bundeskartellamt untersagt werden könnten und müßten?
67. Abgeordneter
Dr. Müller
(CDU/CSU) Wann ist in der Bundesrepublik Deutschland mit Erdölrationierungsmaßnahmen zu rechnen, nachdem die USA zum 1. April bei einem wesentlich niedrigerem Iranölimportanteil solche Maßnahmen angekündigt haben?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**

68. Abgeordneter
Dreyer
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß — obwohl die Bundesregierung im Mai 1978 zur EG-Verordnung Nr. 1153/78 ihre Zustimmung gab — sie sowohl in den vorbereitenden Beratungen, als auch bei der Beschlußfassung des PLANAK darauf verzichtete, sich für eine Berücksichtigung der Beihilfemöglichkeiten durch eine entsprechende Änderung der Förderungsgrundsätze des einzelbetrieblichen Förderungsprogramms einzusetzen?
69. Abgeordneter
Dreyer
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung die Entscheidung über die Umsetzung dieses Beschlusses des Rats allein der Verantwortung der Länder überlassen, obwohl es ihr doch ein ernstes Anliegen sein sollte, alle Möglichkeiten zu nutzen, zur Gleichstellung des deutschen Obstbaus im Wettbewerb mit den anderen Mitgliedsstaaten Sorge zu tragen, und wenn ja, warum?
70. Abgeordnete
Frau Traupe
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, ob — wie die Presse berichtet — in der EG im Vermarktungsjahr 1977/78 rund 201 000 Tonnen Obst und Gemüse „aus dem Markt genommen“ wurden?
71. Abgeordnete
Frau Traupe
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, ob die Europäische Kommission sich gegen den Vorwurf der Vernichtung von Nahrungsmitteln mit notwendigen Rücknahmen entschuldigt hat, die einen Zusammenbruch der Preise vermeiden sollten?
72. Abgeordneter
Conradi
(SPD) Hat die Bundesregierung mit Millionenaufwand vergleichende verhaltenswissenschaftliche Untersuchungen über die Massentierhaltung von Legehennen in Auftrag gegeben, für die Tierzüchter und nicht Verhaltensforscher verantwortlich sind, wie die „Stuttgarter Zeitung“ vom 2. Januar 1979 meldete, und wenn ja, durch welche Maßnahmen wird die Bundesregierung sicherstellen, daß an diesen Untersuchungen Tiervershaltensforscher in ausreichender Zahl und mit ausreichenden Kompetenzen verantwortlich beteiligt werden, damit die Ergebnisse dieser Untersuchungen nicht später als einseitig vom Tierzüchterinteresse her bestimmt in der Öffentlichkeit abgetan werden können?
73. Abgeordneter
Conradi
(SPD) Was hat die Bundesregierung bestimmt, den Referentenentwurf einer neuen Verordnung zur Massentierhaltung von Legehennen vor Beendigung der von ihr in Auftrag gegebenen vergleichenden verhaltenswissenschaftlichen Untersuchungen über die Massentierhaltungen von Legehennen vorzulegen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Arbeit und Sozialordnung**

74. Abgeordneter
Gobrecht
(SPD) Trifft es zu, daß die gesetzliche Krankenversicherung der Arbeitnehmer auch die Kosten, die aus Skiunfällen herrühren, übernehmen muß, und — wenn ja — liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, wie hoch diese jährlichen Kosten sind, und welcher Betrag sich daraus jährlich pro Kopf der Pflichtversicherten ergibt?

75. Abgeordneter
Gobrecht
(SPD)
- Bestehen bei der Bundesregierung Überlegungen, zugunsten der nicht skifahrenden Mehrheit der Arbeitnehmer hinsichtlich der Kosten aus Skiunfällen eine Entlastung der gesetzlichen Krankenversicherung — gegebenenfalls durch die Verpflichtung zu einem eigenverantwortlichen Abschluß von Unfall- und Haftpflichtversicherungen — vorzusehen?
76. Abgeordneter
Neumann
(Bramsche)
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, anläßlich der Änderung des Mutterschutzgesetzes, Adaptionen in die Neuregelung einzubeziehen, und ist die Bundesregierung bereit mitzuteilen, welche Mehrkosten dadurch entstehen würden?
77. Abgeordneter
Kirschner
(SPD)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Erkenntnis, daß im Jahr 1978 475 Arbeitnehmer im Bereich der gewerblichen Wirtschaft durch die Verwendung kanzerogener Arbeitsstoffe an Krebs erkrankt sind, und daß es — wie aus einer Pressemitteilung des DGB vom 17. Januar 1979 zu erfahren war — durch Umstellung der Verfahren möglich ist, das Krebsrisiko zu verhindern?
78. Abgeordneter
Pfeffermann
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß von ihrer Seite beabsichtigt ist, für 50 000 ausländische Arbeitnehmer Arbeitserlaubnis zusätzlich zu erteilen, und zu welchem Zeitpunkt wird diese Arbeitserlaubnis erteilt?
79. Abgeordneter
Pfeffermann
(CDU/CSU)
- Auf welchen Personenkreis soll sich gegebenenfalls diese Arbeitserlaubnis beziehen, und ist damit zu rechnen, daß in diesem Zusammenhang auch dem Kreis von Saisonarbeitern Arbeitserlaubnis erteilt wird, der in der Vergangenheit z. B. in den Spargelanbaugebieten eingesetzt wurde?
80. Abgeordneter
Horstmeier
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung nach der augenblicklichen Rechtslage eine Möglichkeit, für die Besatzungen der Binnenschiffahrt bei oft wochenlangem Warten auf Ladung für diese arbeitslose Zeit die Kurzarbeitsregelung anzuwenden, und wenn nein, welche Regelung schlägt die Bundesregierung vor?
81. Abgeordneter
Horstmeier
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die Bundesregierung eine gemeinsame Ausbildungsordnung für die ländliche und die städtische Hauswirtschaft plant, und wenn ja, aus welchen Gründen werden beide Bereiche zusammengefaßt?
82. Abgeordnete
Frau
Dr. Martiny-
Glitz
(SPD)
- Wie erklärt die Bundesregierung den Tatbestand, daß in der Broschüre „Beruf aktuell, für Schulabgänger 1980“ der Bundesanstalt für Arbeit bei rund 500 Kurzbeschreibungen von Berufen 30 durch feminine Endung nur für Frauen, 7 durch ein eingeklammertes (in) für Männer und Frauen angeboten werden, der „Rest“ aber ausschließlich in der grammatisch männlichen Form angegeben ist, und teilt die Bundesregierung meine Ansicht, daß diese Formulierungsweise den Eindruck erweckt, als richteten sich etwa 460 Berufsbilder in erster Linie an junge Männer?
83. Abgeordneter
Reddemann
(CDU/CSU)
- Hat sich nach den der Bundesregierung vorliegenden Informationen die Verlagerung der Ausgabe der Behindertenausweise von den örtlichen Sozialbehörden auf die Versorgungsämter bewährt?

84. Abgeordnete
Frau
Dr. Riede
(Oeffingen)
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß es im Ausland Beratungsbüros für ehemalige Bundesbürger gibt, die sich anbieten, bei der Durchsetzung der Rentenansprüche gegen deutsche Sozialversicherungsträger für Entgelt behilflich zu sein, und können im Ausland lebende ehemalige deutsche Bürger ihre Rentenansprüche gegen deutsche Sozialversicherungsträger mit Hilfe der deutschen Konsularbeamten oder auf anderem Weg kostenlos geltend machen?
85. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU) Hält der Bundesminister und stellvertretende Bundeskanzler Genscher die 35-Stunden-Woche als Arbeitszeitregelung für gefährlich, und wenn ja, wie ist innerhalb der Bundesregierung die Unterstützung der Gewerkschaftsforderung nach der 35-Stunden-Woche durch Bundeskanzler Schmidt damit vereinbar?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

86. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, den mit dem Abrechnungsverfahren zwischen der Bundeswehr und den Landesbehörden in Kiel verbundenen Verwaltungsaufwand zu vereinfachen, und welches Volumen wird dieser Verwaltungsaufwand voraussichtlich haben? *)
87. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß sich das Bundesverteidigungsministerium erst nach längerem Zögern entschlossen hat, Bergepanzer und schweres Räumgerät aus anderen Bundesländern nach Schleswig-Holstein in Gang zu setzen, und welche Lehren zieht das Bundesverteidigungsministerium aus den von der Bundeswehr beim Katastropheneinsatz in Schleswig-Holstein gesammelten Erfahrungen? *)
88. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, den Katastropheneinsatz der Bundeswehr in Schleswig-Holstein als eine Großübung mit einem Ausbildungsnutzen für die Truppe anzuerkennen, und in welcher Höhe sind Forderungen der Bundeswehr zu erwarten, die der Bundesfinanzminister dann niederschlagen könnte? *)
89. Abgeordneter
Berger
(Lahnstein)
(CDU/CSU) Wieviel der seit dem Inkrafttreten des Grundlagenvertrags aufgedeckten Fälle von Agententätigkeit der DDR in der Bundesrepublik Deutschland richteten sich gegen militärische Geheimnisse der Bundesrepublik Deutschland und des nordatlantischen Bündnisses?
90. Abgeordneter
Berger
(Lahnstein)
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß, wie die Welt vom 7. Dezember 1978 meldete, eine Agentin der DDR festgenommen worden ist, die ein Dokument über das deutsche Feuerleitsystem des Kampfpanzers Leopard II bei sich trug, um es einer DDR-Kontaktperson zu übergeben?
91. Abgeordneter
Voigt
(Sonthofen)
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß die jüngst festgenommenen bzw. rechtzeitig entkommenen Agenten der DDR auch Informationen aus dem militärischen Bereich an ihre Auftraggeber in der DDR weitergegeben haben, wie die Presse meldete?

*) Fragen gemäß IV. Nr. 19 der Richtlinien

92. Abgeordnete
**Frau
Krone-Appuhn**
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß z. B. an der medizinischen Akademie Dresden ein Lehrstuhl für Militärmedizin besteht und dieses Fach Pflichtfach ist und daß außerdem bestimmte Gruppen von Ärzten, Schwestern und Pflegeern in Spezialkursen zur medizinischen Betreuung von Personen, die durch ABC-Waffen verwundet sind, aus- und laufend fortgebildet werden, und was hat die Bundesregierung bisher in der Bundesrepublik Deutschland unternommen, um gegebenenfalls ABC-Verletzten medizinische Hilfe zu leisten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

93. Abgeordneter
Dr. Langner
(CDU/CSU)
- Welche über die allgemein geltenden Vorschriften hinausgehenden Maßnahmen (ohne Demonstrationsvorhaben aus dem Forschungsetat) hat die Bundesregierung seit Beginn dieser Wahlperiode hinsichtlich der Bundesbauten (Altbauten, Neubauten) getroffen, um Energie einzusparen?
94. Abgeordneter
Dr. Langner
(CDU/CSU)
- Welche Beträge hat die Bundesregierung für solche Energiesparmaßnahmen an bundeseigenen Gebäuden aufgewandt, und welche Energie- und Kostenersparnis ist dadurch erzielt worden?
95. Abgeordneter
**Dr. Jahn
(Münster)**
(CDU/CSU)
- Ist nach Auffassung der Bundesregierung zwischen den Ländern und dem Bund in bezug auf die für 1979 zu verteilenden Mittel für den sozialen Wohnungsbau eine rechtswirksame Vereinbarung zustande gekommen, und wenn nein, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?
96. Abgeordneter
Dr. Pfennig
(CDU/CSU)
- Welches Ergebnis hat die von der Bundesregierung im April 1978 angekündigte Prüfung des Schlußberichts der Enquete-Kommission des Abgeordnetenhauses von Berlin insbesondere im Hinblick auf die Finanzierungshilfe für die von dieser Kommission für notwendig gehaltene Zahl von jährlich 18 000 bis 22 000 neu zu bauenden, zu modernisierenden und zu sanierenden Wohnungen in Berlin gehabt, mit deren Hilfe die Zuwanderung verstärkt und die Abwanderung aus Berlin aus Wohnungsgründen verringert werden kann?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

97. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU)
- Wie bewertet die Bundesregierung den Umstand, daß Agenten der DDR für ihre Untergrundtätigkeit, auch gegen die Bundesrepublik Deutschland, von der DDR-Staatsführung öffentlich belobt und ausgezeichnet und als „Helden an der stillen Front“ gefeiert werden?
98. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU)
- Welchen personellen Umfang haben — einschließlich des Ministeriums für Staatssicherheit — nach dem Wissensstand der Bundesregierung die Behörden und Parteidienststellen in der DDR, die sich mit Agententätigkeit im Westen, insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland befassen, und ist dieser Apparat ein Ausdruck der guten Nachbarschaft, zu der sich die beiden Staaten in Deutschland im Grundlagenvertrag verpflichtet haben?

99. Abgeordneter
Dr. Kraske
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß eine Spionagetätigkeit des Ausmaßes und der Intensität, wie sie von der DDR gegen die Bundesrepublik Deutschland betrieben wird, mit wirklicher Entspannung nicht in Einklang zu bringen sondern als Aktion des „Kalten Kriegs“ zu qualifizieren ist?
100. Abgeordneter
Schmöle
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die anhaltende intensive Spionagetätigkeit der DDR gegen die Bundesrepublik Deutschland eine schwere Belastung des Verhältnisses zwischen den beiden Staaten in Deutschland bedeutet?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

101. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU) In welcher Weise ist der Entsorgungsnachweis für den Schnellbrutreaktor bei Kalkar geplant, welche konkreten Verträge insbesondere sind dafür in Vorbereitung bzw. bereits abgeschlossen?
102. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) Inwieweit will die Bundesregierung den vier Empfehlungen des Fachausschusses „Gesellschaftswissenschaften“ beim Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT) zur Ausgestaltung und Schwerpunktsetzung der sozialwissenschaftlichen Forschungsförderung (BMFT-Mitteilungen 8/9 1978, Seite 89 f.) folgen, und welche Gründe sind gegebenenfalls für eine Abweichung vom Beratungsvotum entscheidend?
103. Abgeordneter
Marschall
(SPD) Ist die Bundesregierung nunmehr in der Lage, konkret mitzuteilen, auf welche Ursachen die unvorhergesehenen Reaktivitätsschwankungen in der natriumgekühlten Kernreaktoranlage Karlsruhe KNK II, die im vergangenen Jahr zur automatischen Abschaltung führten, zurückzuführen sind, bzw. wann mit einer eindeutigen Klärung dieses Vorgangs und einer störungsfreien vollen Leistung des KNK II zu rechnen ist?
104. Abgeordneter
Marschall
(SPD) Kann die Bundesregierung mitteilen, ob bei der Planung und Versuchsanordnung des Versuchsreaktors KNK II in Karlsruhe eine Gasblasenbildung im Kühlkreislauf berücksichtigt wurde, bzw. welche Vorkehrungen von den Genehmigungsbehörden gefordert und von den Betreibern getroffen wurden, nachdem die Probleme des Eintrags von Argonblasen in das Kühlmittel schon vor mehreren Jahren erkannt und inzwischen auch Gasblasenabscheider entwickelt wurden?
105. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU) Besteht nach Auffassung der Bundesregierung die Gefahr, daß auf Grund der Absprachen der Kernwaffenstaaten sowie der Uranlieferstaaten untereinander einerseits und der Abmachungen dieser Staaten mit der Bundesrepublik Deutschland andererseits sich in der Bundesrepublik Deutschland nicht nur der nukleartechnologische Rückstand gegenüber diesen Staaten vergrößert, sondern darüber hinaus zu befürchten ist, daß in der Bundesrepublik Deutschland langfristig nur Nukleartechnologien bis zu einem gewissen Standard geduldet sind?

106. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung in der Aussage des Bundeskanzlers auf der letzten Pressekonferenz „es sei nicht mehr undenkbar, daß zu dem OPEC-Kartell demnächst ein Uran-Kartell tritt“, einen Widerspruch zu dem von Carter und Trudeau auf dem Bonner Wirtschaftsgipfel gegebenen Versprechen, sie wollten im Rahmen wirksamer Sicherungsmaßnahmen weiterhin zuverlässig Lieferanten von Kernbrennstoffen sein?
107. Abgeordneter
Gerstein
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Tendenz der französischen Regierung, die Bedingungen der Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland auf dem Gebiet der Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen zu Ungunsten der Bundesrepublik Deutschland zu ändern, und welche Auswirkungen auf die Zusammenarbeit und die Rechtslage haben sich bereits jetzt aus dieser veränderten Haltung der französischen Regierung ergeben?
108. Abgeordneter
Gerstein
(CDU/CSU) Welche Hinweise auf die Bestrebungen der Regierungen Großbritanniens und Frankreichs, bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika eine Beschränkung der kommerziellen Wiederaufarbeitung auf Kernwaffenstaaten zu erreichen, liegen der Bundesrepublik Deutschland vor?
109. Abgeordneter
Stockleben
(SPD) Welche Erfahrungen hat die Bundesregierung mit der Antragstellung zur Bezuschussung von F + E-Vorhaben durch kleine und mittlere Unternehmen gemacht?
110. Abgeordneter
Stockleben
(SPD) Wie lange dauert im Durchschnitt die Bearbeitung eines solchen Antrags?
111. Abgeordneter
Kittelmann
(CDU/CSU) Liegen der Bundesregierung Erfahrungen darüber vor, in welchem Umfang beabsichtigte Investitionen in Berlin, insbesondere zur Ansiedlung von durch den Bund unterstützten Forschungseinrichtungen, die zur Verbesserung eines qualifizierten Arbeitsplatzangebots und damit zur Stabilisierung der Bevölkerungsentwicklung einen Beitrag leisten sollten, durch bürokratische Hemmnisse innerhalb der Berliner Verwaltung behindert oder verhindert worden sind?
112. Abgeordneter
Kittelmann
(CDU/CSU) Gibt es seit der Ankündigung der Bundesregierung vom April 1978, sie werde eine Initiative zur Einrichtung eines Europäischen Krebsforschungszentrums in Berlin „dann entwickeln, wenn sie den Zeitpunkt für geeignet hält, in einer solchen Frage einen Schritt nach vorne zu tun“, neue Erkenntnisse, die der Bundesregierung gestatten, den Zeitpunkt einer solchen Maßnahme zur Steigerung der Attraktivität Berlins im Bereich der wissenschaftlichen Forschung zu präzisieren?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

113. Abgeordneter
Daweke
(CDU/CSU) Treffen Pressemeldungen zu, wonach der Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft Anfang Januar eine „Studenten-Service-Broschüre“ über Förderungsleistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) öffentlich vorgestellt hat, und wenn ja, warum ist dem Parlament diese Broschüre bis heute noch nicht zugegangen?

114. Abgeordneter **Daweke**
(CDU/CSU) Weshalb hat die Bundesregierung im Januar 1979 diese Broschüre gemäß der Berichterstattung der Presse in einer Auflage von 300 000 Stück mit Einzelberechnungsbeispielen in Druck gegeben, wenn sie am 15. Januar 1979 mit Drucksache 8/2467 den Gesetzentwurf zum 6. BAföG-Änderungsgesetz im Bundestag eingebracht hat, bei dessen Inkrafttreten sämtliche Berechnungsbeispiele hinfällig werden?
115. Abgeordneter **Krey**
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß Bundesminister Dr. Schmude anlässlich eines Besuchs des „Walter-Dörken-Hofs“ in Odenthal-Klev ausführte, daß das Verhalten einiger Polizeiorgane gegenüber dem Bürger manchmal bedenklich ist — wie die Bergische Landeszeitung/Kölner Rundschau berichtete —, und wenn ja, teilt die Bundesregierung diese Auffassung oder sieht sie ebenso wie ich die Gefahr, daß gegebenenfalls die Äußerungen von Bundesminister Dr. Schmude dazu geeignet sind, das Vertrauen in unsere Staats- und Schutzorgane zu unterhöhlen?
116. Abgeordneter **Krey**
(CDU/CSU) Hat Bundesminister Dr. Schmude auf einen Polizeieinsatz auf dem „Walter-Dörken-Hof“ im Zuge der Terroristenfahndung betroffen reagiert und die Auffassung vertreten, daß sich Landesinnenminister Hirsch bei dieser Aktion falsch verhalten habe, und wenn ja, teilt die Bundesregierung diese Auffassung?
117. Abgeordneter **Höpfinger**
(CDU/CSU) Bis wann ist mit der Entscheidung der Bundesregierung zu rechnen, ob sie für das Jahr 1979 die Berufsausbildungsabgabe gemäß § 3 Abs. 1 des Gesetzes zur Förderung des Angebots an Ausbildungsplätzen in der Berufsausbildung erheben will oder nicht?
118. Abgeordneter **Höpfinger**
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß Unternehmen, die seit Jahren Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen, für das Jahr 1979 noch keine Zusage an Ausbildungswillige erteilen können, da die Frage der Berufsausbildungsabgabe nicht geklärt ist?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

119. Abgeordneter **Kunz**
(Berlin)
(CDU/CSU) Treffen Pressemeldungen zu, wonach der Bundeskanzler auf einer SPD-Veranstaltung in Berlin am 29. Januar 1979 gesagt hat, die westlichen Freunde und Verbündeten brauchten eine Bestätigung für die Richtigkeit ihres Engagements in Berlin, ein Sieg der CDU in Berlin würde die westliche Welt irritieren?
120. Abgeordneter **Dr. Marx**
(CDU/CSU) Hält es — bejahendenfalls — der Bundeskanzler gegenüber den Schutzmächten für verantwortlich, sie, die sich in den Berliner Wahlkampf nicht einschalten können und wollen, auf diese Weise mit ihrem unzweifelbaren Engagement für die Stadt ins Gerede zu bringen?
121. Abgeordneter **Graf Huyn**
(CDU/CSU) Was hat — bejahendenfalls — den Bundeskanzler veranlaßt, sich durch seine Äußerungen über die Bemühungen von Bundespräsident Scheel, die auf eine gemeinsame Berlin-Politik der demokratischen Parteien abzielen, hinwegzusetzen?

122. Abgeordneter
Amrehn
(CDU/CSU)
- Ist auch die Bundesregierung noch der Auffassung, daß wegen der besonderen Verantwortung aller im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien, für Berlin jedenfalls, ein Mindestmaß an Gemeinsamkeit im Interesse der Stadt unverzichtbar ist und auch im Wahlkampf nicht zerstört werden darf, und wie bewertet sie in diesem Zusammenhang die jüngsten Äußerungen des Bundeskanzlers?
123. Abgeordneter
Hoffmann
(Saarbrücken)
(SPD)
- Ist die Angabe im Brief des ehemaligen Präsidenten des BND (abgedruckt in „Die Welt“ vom 12. Dezember 1978) zutreffend, eine mit dem BND zusammenarbeitende Firma habe der Volksrepublik China Ende der sechziger Jahre eine Uranprobe mit dem Angebot verkauft, weitere 20 t zu beschaffen, und durch welche Maßnahme ist gegebenenfalls sichergestellt, daß sich solche Geschäfte nicht wiederholen können?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

124. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)
- Hat Staatsminister im Auswärtigen Amt Dr. von Dohnanyi — wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23. Januar 1979 meldet — erklärt, die Bundesregierung sei nicht für die Aufnahme einer operativen Klausel über die Beachtung der Menschenrechte in das Lomé-II-Abkommen, und wie ist gegebenenfalls eine solche Haltung der Bundesregierung mit den Bekenntnissen zu den Menschenrechten vereinbar, die von verschiedenen Regierungsmitgliedern immer wieder abgelegt worden sind?
125. Abgeordneter
Dr. Hüsch
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung ihre finanziellen Verpflichtungen gegenüber Malta bisher nicht eingehalten, wie der Ministerpräsident Malτας, Dom Minthoff, in der Etatdebatte des Parlaments von Malta erklärte?
126. Abgeordnete
Frau
von Bothmer
(SPD)
- Welchen Stellenwert mißt die Bundesregierung dem Europarat heute innerhalb der europäischen parlamentarischen Organisationen bei?
127. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Welchen Fortschritt hat die Bundesregierung in ihren Verhandlungen mit der Volksrepublik Polen erzielt, nachdem sie festgestellt hat, daß „die polnische Seite gegen eine im Jahr 1970 getroffene deutsch-polnische Absprache verstößt“, indem die polnische Botschaft in Köln „die Visierung der Reisepässe verweigert“, wenn der Geburtsort für Deutsche, die nach dem 8. Mai 1945 in Ostdeutschland jenseits von Oder und Neiße geboren sind, „mit der polnischen Ortsbezeichnung nebst einem Klammerzusatz mit dem deutschen Ortsnamen eingetragen ist“?
128. Abgeordneter
Thüsing
(SPD)
- Wieviel Namen von argentinischen politischen Gefangenen, die für die Aufnahmeaktion in die Bundesrepublik Deutschland vorgesehen sind, hat unsere Botschaft in Buenos Aires bisher detailliert erfaßt und dem Bundesinnenministerium zugeleitet?

129. Abgeordneter
Thüsing
(SPD)
- Trifft es zu, daß für die Verzögerungen bei der Aufnahme politischer Gefangener aus Argentinien „einzig Bonn die Ursache sei“ (Meldung der Frankfurter Rundschau vom 21. Dezember 1978), weil durch lange Befragungsaktionen zur „Aus-siebung“ von „Terroristen“ die argentinischen Behörden verärgert worden seien?
130. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung im Parlament, in der Öffentlichkeit und im Ausland der These von der angeblichen politischen Wirkungslosigkeit des Deutschlandvertrags und seines Artikels 7 entschieden entgegentreten und immer wieder bekräftigen, daß sie gemäß dem Währungs- und Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes die Vertragspartner an ihrer Treue zu den Rechtsverpflichtungen für die Wiedervereinigung ganz Deutschlands mit einer freiheitlich-demokratischen Verfassung und an dem Verbot von Grenzfestlegungen für Deutschland vor einem frei vereinbarten Friedensvertrag sowie an der gemeinsamen Vertretung dieser Verpflichtungen vor der Bevölkerung der Vertragsstaaten festhält, oder will sie ohne Gegenwirkung sich mit der These abfinden, daß auch die Völker aller Verbündeten in der Teilung Deutschlands einen „europäischen Grundtatbestand“ und „eine europäische Friedensfunktion sehen“ (Stenographischer Bericht über die 131. Sitzung, Seite 10 357 A)?
131. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU)
- Hat Staatsminister Dr. von Dohnanyi in Moskau erklärt, die Bundesregierung würde „die chinesische Karte nicht spielen“, und wenn ja, bedeutet diese Äußerung, daß seitens der Bundesrepublik Deutschland China nicht in die eigenen Sicherheitsinteressen miteinbezogen werden soll, und wie ist diese Haltung gegebenenfalls mit der Politik unserer Verbündeten, insbesondere der USA und Großbritannien, zu vereinbaren?
132. Abgeordneter
Dr. Marx
(CDU/CSU)
- Stellt die Bundesregierung sogenannten afrikanischen Befreiungsbewegungen finanzielle und andere Mittel zur Verfügung, so daß diese waffenmäßig immer stärker werden und sich in Bürgerkriegen durchsetzen können, und wenn ja, entspricht dies der Politik der Bundesregierung?
133. Abgeordneter
Stommel
(CDU/CSU)
- Verfügt die Bundesregierung über eine detaillierte Analyse der politischen Ziele, Methoden und Vorgehensweisen der einzelnen „Befreiungsbewegungen“?
134. Abgeordneter
Dr. Waigel
(CDU/CSU)
- Entspricht es der Auffassung der Bundesregierung, daß Freiheitsbewegungen in Europa nicht unterstützt werden sollen, weil dies den Weltfrieden gefährdet, wohingegen eine Unterstützung von Befreiungsbewegungen in anderen Teilen der Welt nicht nur humanitär, sondern auch politisch und wirtschaftlich erfolgen soll?
135. Abgeordneter
Dr. Waigel
(CDU/CSU)
- Geht die Bundesregierung davon aus, daß eine solche Hilfe den bewaffneten Kampf erleichtert, und sieht sie darin gegebenenfalls den Sinn einer Unterstützung?

136. Abgeordneter
Köhler
(Wolfsburg)
(CDU/CSU)
- Leistet die Bundesregierung — direkt oder indirekt, bilateral oder multilateral — humanitäre Hilfe an „Befreiungsbewegungen“, und wenn ja, ist sie der Auffassung, daß diese Hilfe der Erleichterung des bewaffneten Kampfes dienen soll?
137. Abgeordneter
Dr. Todenhöfer
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß Gewalt gegen Zivilpersonen und Terror zur Einschüchterung der Bevölkerung — wie die Ermordung von Frauen und Kindern oder Missionaren bzw. die Entführung von Schulkindern — sich mit dem Widerstandsrecht gegen einen ungerechten Staat rechtfertigen lassen, und wenn nein, welche Folgerungen zieht sie daraus?
138. Abgeordneter
Dr. Todenhöfer
(CDU/CSU)
- Leistet die Bundesregierung humanitäre Hilfe als Erleichterung des bewaffneten Kampfes an „Befreiungsbewegungen“, und wenn ja, hält die Bundesregierung dies mit dem außenpolitischen Grundsatz des Gewaltverzichts für vereinbar?
139. Abgeordneter
Dr. Hammans
(CDU/CSU)
- Unterstützt die Bundesregierung politisch oder materiell sogenannte Befreiungsbewegungen, und wenn ja, wie vereinbart sie dies mit dem Grundsatz der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staats?
140. Abgeordneter
Dr. Hammans
(CDU/CSU)
- Unterstützt die Bundesregierung sogenannte Befreiungsbewegungen, die nach eigenen Aussagen in erster Linie für die Erringung der Macht und nicht für demokratisch legitimierte Regierungen kämpfen, und wenn ja, wie begründet die Bundesregierung die Unterstützung solcher Organisationen, wenn sie nicht für sich glaubhaft den Anspruch erheben können, für Menschenrechte und „Befreiung“ zu kämpfen?
141. Abgeordneter
Dr. Hüsch
(CDU/CSU)
- Welche Kriterien sind für die Bundesregierung im Fall der politischen, moralischen bzw. humanitären Unterstützung von sogenannten Befreiungsbewegungen maßgebend?
142. Abgeordneter
Graf Huyn
(CDU/CSU)
- Bedeutet die Unterstützung von sogenannten Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika im bewaffneten Kampf zugleich eine Unterstützung der Politik Moskaus und Ost-Berlins, und welche Folgerungen zieht die Bundesregierung gegebenenfalls aus diesem Umstand?
143. Abgeordneter
Höffkes
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß eine politische, moralische und humanitäre Unterstützung von Personen und Gruppen, die für die Verwirklichung von Menschenrechten kämpfen, dann nicht erfolgen soll, wenn sie in der „DDR“ oder in dem Macht- und Einflußbereich der Sowjetunion kämpfen, weil eine solche Unterstützung den Frieden gefährde?
144. Abgeordneter
Höffkes
(CDU/CSU)
- Welche Bedeutung besitzt für die Bundesregierung die Tatsache, ob eine Organisation oder Gruppierung mit oder ohne Gewalt für die Verwirklichung von Menschenrechten in anderen Staaten kämpft?

- | | |
|--|---|
| 145. Abgeordneter
Graf Stauffenberg
(CDU/CSU) | Hat die Bundesregierung direkt oder indirekt, bilateral oder multilateral, Personen oder Gruppierungen, die nach ihren eigenen Aussagen für die Verwirklichung der Menschenrechte unter Anwendung von Gewalt kämpfen, seit 1969 unterstützt, und wenn ja, in welchem finanziellen Umfang und gegenüber welchen Ländern? |
| 146. Abgeordneter
Graf Stauffenberg
(CDU/CSU) | Wie hoch war im Vergleich hierzu eine Unterstützung für Personen und Gruppierungen, die nur mit friedlichen Mitteln für diese Ziele kämpfen? |

**B. Schriftliche Anfragen gemäß IV. der Richtlinien
sowie Fragen gemäß I. der Richtlinien, um deren
schriftliche Beantwortung bis zur Drucklegung
gebeten wurde**

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

1. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU)

Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, daß das schwedische Königspaar während seiner bevorstehenden Deutschlandreise Berlin trotz eines entsprechenden Vorschlags des Auswärtigen Amts nicht besucht, weil neben „Zeitmangel“, wie es in Pressemeldungen heißt, auch die angeblich bereits im Frühjahr 1978 erfolgte Intervention der sowjetischen Regierung Einfluß auf diese Entscheidung hatte?
2. Abgeordneter
Möllemann
(FDP)

Wie verhält sich die Bundesregierung zu den polnischen Beschwerden hinsichtlich der Erteilung von Vertriebenenausweisen an Aussiedler aus Polen?
3. Abgeordneter
Dr. Stercken
(CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung die erfolgreiche Arbeit der Frauen- und Kinderklinik „Elisabeth-Haus“ in Windhuk bekannt, die von Deutschland aus gegründet, lange Zeit durch Zuschüsse aus Deutschland unterstützt wurde und nun seit einigen Jahren für die medizinische Versorgung von Patientinnen und Patienten aller Rassen offensteht, und sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, das in finanzielle Schwierigkeiten geratene Krankenhaus zu unterstützen?
4. Abgeordneter
Schedl
(CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung bei den für die Bundesrepublik Deutschland in Polen veranstalteten deutschen Theatertagen die Berliner Bühnen ausgeschlossen, und wenn ja, warum wird dies gegebenenfalls auch bei künftigen deutschen Theatertagen so sein?
5. Abgeordneter
Rühe
(CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung ihre finanziellen Verpflichtungen gegenüber Malta bisher nicht eingehalten — wie der maltesische Ministerpräsident Dom Mintoff während einer Etatdebatte erklärte —, und wenn ja, welche Versprechungen und Abmachungen sind nicht erfüllt worden?
6. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU)

Trifft es zu, daß Staatsminister Dr. von Dohnanyi in Moskau die Ansicht vertreten hat, die Politik der Bundesregierung kenne keine chinesische Karte, und wenn ja, ist diese Ansicht mit der Haltung der Bundesregierung in dieser Frage voll identisch, und was veranlaßt die Bundesregierung gegebenenfalls zu einer solchen Selbstbeschränkung in ihren politischen Möglichkeiten?
7. Abgeordneter
Spranger
(CDU/CSU)

Hat sich die Bundesregierung mit den Vorwürfen befaßt oder wird sie das tun, denenzufolge der deutsche Vizepräsident der EG-Kommission, Wilhelm Haferkamp, das Bild der EG in den Hauptstädten der ganzen Welt schlecht dargestellt und Reisespesen überhöht abgerechnet habe, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung gegebenenfalls daraus?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

8. Abgeordneter
Ludewig
(FDP) Wann ist mit einem Wirksamwerden des Programms der europäischen Gemeinschaft zur Einschränkung der Verwendung von Fluorkohlenwasserstoff zu rechnen, zeichnen sich in den Verhandlungen ähnliche Endwerte wie in den USA ab, und was hat die Bundesregierung unternommen, um die Verabschiedung zu beschleunigen?
9. Abgeordneter
Ludewig
(FDP) Welche Erfolge im Hinblick auf die Produktion und den Verbrauch von Fluorkohlenwasserstoff (FKW) haben die Bemühungen der Bundesregierung bisher gezeitigt, durch Absprachen mit der deutschen Industrie eine freiwillige Verringerung der FKW-Produktion zu erreichen, und hält es die Bundesregierung angesichts der gemachten Erfahrungen bei den Verhandlungen um eine freiwillige Reduzierung der Produktion von FKW für realistisch, daß auf diesem Weg ähnliche Werte wie in den USA zu erwarten sind, oder geht sie davon aus, daß eine dauerhafte Abwehr der Gefährdung durch FKW nur durch eine gesetzliche Beschränkung der Produktion zu erreichen ist?
10. Abgeordneter
Dr. Arnold
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß der gesamte, an Bord der auf dem Rhein verkehrenden Fahrgastschiffe anfallende Abfall mit Ausnahme von Sperrmüll nach Zerkleinern in bordeigenen Maschinen in den Rhein geworden wird, und wird auf diese Weise eine durch die Inbetriebnahme von Kläranlagen erzielte Abwasserverbesserung erheblich beeinträchtigt?
11. Abgeordneter
Dr. Arnold
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung darauf hinwirken, daß die Schiffe ihre Abfälle am Ufer anzulanden haben, oder welche anderen Lösungen zur Beseitigung des angesprochenen Mißstands sind zu erreichen?
12. Abgeordneter
Kolb
(CDU/CSU) Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung in bezug auf Lärmbekämpfung, daß sie in einem Eigenbericht die Meinung vertritt, daß geräuscharme Autos höchstens 3 v. H. teurer wären, nachdem beim Hearing die Vertreter der Automobilindustrie wesentlich höhere Zahlen, vor allem beim Lkw-Bau, nannten?
13. Abgeordneter
Kolb
(CDU/CSU) Weshalb war das Umweltbundesamt beim Hearing nicht in der Lage, die von der Automobilindustrie gemachten Angaben zu widerlegen?
14. Abgeordneter
Krockert
(SPD) Trifft es zu, daß die Neuregelung des Ausländeraufenthaltsrechts hinsichtlich des Nachweises von ausreichenden Sprachkenntnissen in den Bundesländern sehr unterschiedlich gehandhabt wird und daß, wie der Caritas-Nachrichten-Dienst vom 9. Januar 1979 behauptet, mancherorts für die Aufenthaltsberechtigung eine regelrechte schriftliche Sprachprüfung veranstaltet wird, und wenn ja, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?
15. Abgeordneter
Krockert
(SPD) Gibt es Richtlinien des Bundes oder sind solche beabsichtigt, auf welche Weise der Nachweis ausreichender Sprachkenntnisse abverlangt werden soll, und welche Bedeutung wird dabei der nachgewiesenen Teilnahme an Sprachkursen „Deutsch für Ausländer“ beigemessen?

16. Abgeordneter
Krockert
(SPD)
- Trifft es zu, daß erstmals straffällig gewordene Jugendliche, deren ausländische Eltern seit Jahren in der Bundesrepublik Deutschland leben und arbeiten und die selber hier aufgewachsen sind, noch immer in das ihnen gänzlich fremde Herkunftsland der Eltern ausgewiesen oder abgeschoben werden können, und zwar selbst dann, wenn das erkennende Gericht wegen dieses Sachverhalts von einer Ausweisung abrä, und wenn ja, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?
17. Abgeordneter
Krockert
(SPD)
- Liegen der Bundesregierung Informationen darüber vor, daß die Ausgewiesenen in solchen Fällen illegal und um den Preis erneuter Straffälligkeit in die Bundesrepublik Deutschland zurückzukehren neigen, weil sie sich nur hier auskennen und Halt bei ihren engsten Angehörigen suchen können?
18. Abgeordneter
Regenspurger
(CDU/CSU)
- Wann gedenkt die Bundesregierung Schritte zu unternehmen, um die Benachteiligung ausscheidender Beamter gegenüber ausscheidenden Angestellten des öffentlichen Dienstes bei der Alterssicherung zu beseitigen?
19. Abgeordneter
Dr. Jentsch
(Wiesbaden)
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung auf Grund medizinischer Äußerungen, insbesondere des Gießener Professors Dr. Willi Schumacher und des Essener Professors Dr. Grote, wonach das Boxen zu schweren Hirnschädigungen führt, bereit, in eine erneute Überprüfung der Gefährlichkeit des Boxsports einzutreten und darauf hinzuwirken, daß bis zum Abschluß der Überprüfung keine Boxkämpfe, insbesondere zwischen Kindern und Jugendlichen, mehr stattfinden?
20. Abgeordneter
Dr. Langguth
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung einen Anlaß, nach Abhaltung des sogenannten Russell-Tribunals im Januar 1979 in Köln ihre bisherige Einschätzung zu dieser Veranstaltung zu ändern?
21. Abgeordneter
Dr. Laermann
(FDP)
- Sind nach Auffassung der Bundesregierung Auswirkungen auf Grund der Proteste im Zusammenhang mit der Anlieferung von japanischen Kernbrennstoffabfällen in Cherbourg auf die Entsorgungsverträge der DWK mit der COGEMA zu befürchten, und wenn ja, welche?
22. Abgeordneter
Dr. Laermann
(FDP)
- Ist der Bundesregierung bekannt, ob die Behauptung der cfdt zutrifft, daß in der Anlage La Hague derzeit die soeben angelieferten 13,8 t radioaktiven Materials aus japanischen Kernkraftwerken noch nicht verarbeitet werden können, und wenn ja, sieht die Bundesregierung in dem zugrundeliegenden Sachverhalt Umstände, die die Entsorgung der deutschen Kernkraftwerke infrage stellen?
23. Abgeordneter
Wolfgramm
(Göttingen)
(FDP)
- Nach welchen Grundsätzen verfährt die Bundesregierung bei der Förderung des öffentlichen Schutzraumbaus?
24. Abgeordneter
Wolfgramm
(Göttingen)
(FDP)
- Wie haben sich die Haushaltsmittel zur Förderung des öffentlichen Schutzraumbaus in den letzten zehn Jahren entwickelt?

25. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU)
- Verfügt die Bundesregierung über Informationen, daß Ende Oktober 1978 ein Geheimtreffen von Führern terroristischer Organisationen in Jugoslawien stattgefunden hat, an dem ein hoher Funktionär der jugoslawischen KP, für die PLO Abu Hihad und außerdem Vertreter der deutschen RAF, der nordirischen IRA, der japanischen „Roten Armee“, der „Roten Brigaden“ Italiens sowie libysche und irakische Beobachter teilgenommen haben sollen?
26. Abgeordneter
Dr. Köhler
(Duisburg)
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, wann mit der angekündigten Besitzstandsregelung [Antwort des damaligen Parlamentarischen Staatssekretärs Baum auf die schriftliche Frage des Abgeordneten Dr. Köhler (Duisburg), Stenographischer Bericht der 61. Sitzung vom 8. Dezember 1977, Seite 4751] für diejenigen Beamten und Richter zu rechnen ist, die ihre Ansprüche auf medizinische Rehabilitationsmaßnahmen nach dem 20. Renten Anpassungsgesetz verloren haben?
27. Abgeordneter
Dr. Schmitt-Vockenhausen
(SPD)
- Wie steht die Bundesregierung zu Bestrebungen, gesetzliche Regelungen auf dem Gebiet des Schutzes vor Fluglärm zu schaffen, durch die Gemeinden das Recht zugebilligt wird, das öffentliche Wohl ihrer Bürger als eigenes Recht gerichtlich geltend zu machen, und wird sie gegebenenfalls entsprechende Schritte tun?
28. Abgeordneter
Würtz
(SPD)
- Welche konkreten Schritte hat die Bundesregierung in den vergangenen 18 Monaten gegen „Schlepperorganisationen“, die sogenannte Asylreisen organisieren, unternommen, und wie verhindert sie künftig den Mißbrauch des deutschen Asylrechts durch Ausländer, die nur aus wirtschaftlichen Gründen in die Bundesrepublik Deutschland einreisen, aber politische Verfolgungsgründe geltend machen?
29. Abgeordneter
Biechele
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die in Voralberg geäußerten Bedenken, daß durch das geplante ostschweizerische Projekt, im Calanda-Massiv bei Chur riesige Höhlen zur Lagerung von vier Millionen Liter Mineralölen einzusprenge, Grund- und Trinkwasser weit über die unmittelbare Region und damit auch der Bodensee als größter Trinkwasserspeicher Europas gefährdet werden könnten?
30. Abgeordneter
Schmöle
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß trotz des in § 21 Abs. 1 der Ersten Verordnung zum Sprengstoffgesetz vom 23. November 1977 (BGBl. I S. 2141) genannten Verbots zur Veräußerung von pyrotechnischen Gegenständen der Klasse II in der Zeit vom 1. November bis 28. Dezember derartige Gegenstände trotzdem angeboten werden (und zwar insbesondere in Großmärkten an gewerbliche Abnehmer, welche diese Gegenstände nicht zur gewerblichen Weiterveräußerung sondern zum privaten Verbrauch erwerben), und was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls dagegen zu tun?
31. Abgeordneter
Hansen
(SPD)
- Trifft es zu, daß Telefonzellen rund um die Uhr und damit viele Bürger abgehört werden (Spiegel 4/1979, Seite 28)?

- | | |
|--|---|
| 32. Abgeordneter
Hansen
(SPD) | Ist diese Praxis mit dem Grundgesetz und den Bestimmungen des G-10-Gesetzes vereinbar? |
| 33. Abgeordneter
Dr. Riedl
(München)
(CDU/CSU) | Wie viele politische Beamte des Bundes sind seit 1969 in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden, aufgegliedert nach Ressortzugehörigkeit und Besoldungsgruppe? |
| 34. Abgeordneter
Dr. Riedl
(München)
(CDU/CSU) | Wie viele dieser Beamten befinden sich derzeit im einstweiligen Ruhestand, aufgegliedert nach Ressortzugehörigkeit und Besoldungsgruppe? |
| 35. Abgeordneter
Dr. Riedl
(München)
(CDU/CSU) | Wie verteilen sich die in den Fragen 33 und 34 bezeichneten Beamten auf die einzelnen Geburtsjahrgänge? |
| 36. Abgeordneter
Dr. Riedl
(München)
(CDU/CSU) | Wie hoch ist die Summe der monatlichen Gesamtbezüge der in Frage 34 bezeichneten Beamten? |
| 37. Abgeordneter
Thüsing
(SPD) | Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, wie viele Bürger der Bundesrepublik Deutschland und wie viele Ausländer seit 1970 bei Polizeieinsätzen im Bundesgebiet tödlich verletzt wurden, und um welche Art von Polizeieinsätzen es sich jeweils handelte? |

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

- | | |
|---|--|
| 38. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU) | Hat die Bundesregierung in den Gesprächen mit dem sowjetischen Justizminister den Hinweis Simon Wiesenthals aufgegriffen, er erwarte neues NS-Material aus Osteuropa, vor allem aus der Sowjetunion, um vor Ablauf der Verjährungsfrist den konkreten Gehalt dieser Meinungsäußerung zu überprüfen, oder beabsichtigt sie vergleichbare Schritte in Zukunft? |
| 39. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU) | Gibt es Vorschriften des Bundesrechts, die es der Verwertungsgesellschaft „Wort“ erlauben, von den Herausgebern von Pressedokumentationen Abdruckhonorare zu fordern, und beabsichtigt die Bundesregierung gegebenenfalls, eine Initiative zur Änderung dieser Vorschriften zu ergreifen? |
| 40. Abgeordneter
Gattermann
(FDP) | Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die Auslegung der urheberrechtlichen Bestimmungen, wonach, entsprechend einer Entscheidung des Landgerichts München (70 19189/77), das Auslegen von Zeitschriften in Friseursalons gebührenpflichtig gegenüber der Verwertungsgesellschaft Bild/Kunst ist, auch für entsprechende Serviceleistungen freier Berufe gilt, und wie gedenkt sie gegebenenfalls hier Abhilfe zu schaffen? |
| 41. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU) | Plant die Bundesregierung nach den Hinweisen Simon Wiesenthals und Alfred Grossers, der der polnischen Regierung vorgeworfen hat, sie halte aus politischen Gründen Material zurück, das der Aufklärung von NS-Verbrechen dienen könnte, erneut eine weltweite Aktion, mit der alle Staaten letztendlich aufgefordert werden könnten, solches Material |

- rechtzeitig vor dem 31. Dezember 1979 zur Verfügung zu stellen, oder stimmt sie der Auffassung der zuständigen deutschen Behörde zu, es gäbe keine weiteren gravierenden Tatkomplexe bzw. Täterkreise mehr, die nach Ablauf der Verjährungsfrist bekannt werden könnten?
42. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Was betreffen im einzelnen die Vereinbarungen zwischen dem Bundesjustizminister und dem sowjetischen Justizminister (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22. Januar 1979), und enthalten sie eine Berlin-Klausel?
43. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Trifft die nach der Darlegung von inhaltsmäßig nicht ohne Informationen des Bundesjustizministeriums am 22. Januar 1979 über den Besuch des sowjetischen Justizministers in einem Artikel der „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ aufgestellte Behauptung zu, daß „er wißbegieriger und höflicher als beispielsweise Carters Justizminister war, der in den Vereinigten Staaten mit seinem Gast Vogel offenbar etwas hemdsärmeliger umging“?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

44. Abgeordneter
Cronenberg
(FDP)
- Wird die Steuerstatistik betreffend das Verhältnis von Lohn- und Einkommensteueraufkommen möglicherweise dadurch verfälscht, daß die Erstattung von Lohnsteuern, die im Veranlagungsverfahren erfolgen, dem Einkommensteueraufkommen angelastet werden?
45. Abgeordneter
Cronenberg
(FDP)
- Sieht die Bundesregierung — für den Fall, daß dies zutrifft — eine Möglichkeit, eventuell durch Schätzung diesen Mißstand abzuändern?
46. Abgeordneter
Gerlach
(Oberbau)
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Bundesvermögensverwaltung dem Bau einer Panzerhalle in einer Höhe von 9 m und Außenmaßen von 40 x 60 m in Aschaffenburg, Würzburger Straße/Wendelbergstraße auf einem 10 000 qm großen im Eigentum des Bundes befindlichen Grundstück in unmittelbarer Nachbarschaft zu einer Bezirkssportanlage und am Fuße des Erholungsgebiets Wendelberg zugestimmt hat und die Übergabe des Grundstücks an die US-Streitkräfte beabsichtigt?
47. Abgeordneter
Gerlach
(Oberbau)
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die Bundesvermögensverwaltung weder die Stadt Aschaffenburg noch die Regierung von Unterfranken über den offensichtlich bereits fest vereinbarten Vorgang informiert hat, und wenn ja, was hat sie dazu veranlaßt, und hält die Bundesregierung den Bau dieser lärm- und abgasintensiven Anlage für vereinbar mit der von ihr veröffentlichten Umweltschutzpolitik?
48. Abgeordneter
Kretkowski
(SPD)
- Welche Konsequenzen hat die Bundesregierung oder will sie aus dem Urteil VIII R 110/76 vom 8. November 1977 des Bundesfinanzhofs (Bundessteuerblatt 1978, Teil II, Seite 82) ziehen, der entschieden hat, daß für eine Eigentumswohnung, die erst durch nachträgliche Teilung eines Mietwohngrundstücks nach § 8 des Wohnungseigentumsgesetzes entstanden ist, erhöhte Absetzungen nach § 7 b des Einkommensteuergesetzes nicht in Anspruch genommen werden können?

- | | |
|---|--|
| 49. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD) | Welche steuerlichen Abschreibungsbestimmungen gelten für Kernkraftwerke im Falle des Normalbetriebs, der Stilllegung bzw. einer späteren Abtragung? |
| 50. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD) | Hält die Bundesregierung die von bisherigen Praktiken abweichende grundsätzliche Verweigerung von Auskünften durch Staatsanwaltschaften über laufende Verfahren wegen Steuerhinterziehung im Rahmen von Fällen, in denen durch fingierte Gutachten Parteispenden verschleiert wurden, mit der neuen Abgabenordnung vereinbar, und aus welchen Gründen ergibt sich hier gegebenenfalls eine rechtliche Änderung gegenüber der alten Abgabenordnung? |
| 51. Abgeordneter
Voigt
(Frankfurt,
SPD) | Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß den Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) ebenso wie der Jungen Union die Gemeinnützigkeit zuerkannt werden sollte, und wenn ja, wird die Bundesregierung den in Auftragsverwaltung zuständigen Behörden der Länder eine entsprechende Weisung geben? |
| 52. Abgeordneter
Dr. Zeitel
(CDU/CSU) | Trifft es zu, daß Kraftfahrzeuge öffentlicher Verkehrsbetriebe eine erhebliche Rückerstattung für Dieselöl erhalten, jedoch Taxiunternehmen in vergleichbarer Gewerbeausübung keine Erstattung gewährt wird, und wenn ja, aus welchen Gründen hält die Bundesregierung dies für gerechtfertigt? |
| 53. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) | Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse darüber welche Kostenbelastung den Unternehmen dadurch entsteht, daß diese in Verbindung mit ihrer Buchhaltung zur Erhebung und Abführung der Steuern Tätigkeiten verrichten müssen, die dem Aufgabenbereich des Fiskus zugehören und diesem obliegen? |
| 54. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) | Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, den Unternehmen, insbesondere besonders lohnintensiven mittelständischen Unternehmen, eine Kostenerstattung, z. B. in Form eines Steuerbonus, zu gewähren? |
| 55. Abgeordneter
Dr. Müller-Emmert
(SPD) | Welche Steuerpolitik verfolgt die Bundesregierung — gegebenenfalls im Zusammenwirken mit den Bundesländern — in Zukunft gegenüber dem Pferderennsport und der Pferdezucht? |
| 56. Abgeordneter
Dr. Müller-Emmert
(SPD) | Welche Gründe bewegen die Bundesregierung, die bisherige Gemeinnützigkeit des Pferderennsports infrage zu stellen, und mit welchen zusätzlichen steuerlichen Belastungen müßten bei einer Versagung der Gemeinnützigkeit die Vereine und Verbände rechnen? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

- | | |
|--|--|
| 57. Abgeordneter
Dr. Warnke
(CDU/CSU) | Welche Höhe wird nach Auffassung der Bundesregierung der Preis für Rohöl frei deutsche Grenze im Durchschnitt des Jahrs 1979 als Folge der jüngsten Preisbeschlüsse der OPEC-Länder erreichen, wenn man die gegenwärtige Kursrelation zwischen Dollar und D-Mark zugrundelegt? |
|--|--|

58. Abgeordneter
Dr. Warnke
(CDU/CSU)
- Welche Höhe ergibt sich dann für die jahresdurchschnittliche Wärmepreisdifferenz (Steinkohle/schweres Heizöl), wenn man vom gegenwärtig gültigen Listenpreis der Ruhrkohle AG ausgeht, und ergeben sich hieraus Konsequenzen für den Mehrkostenausgleich gemäß § 3 des Dritten Verstromungsgesetzes und für die Höhe der Ausgleichsabgabe gemäß § 4 des Dritten Verstromungsgesetzes?
59. Abgeordneter
Schmidt
(München)
(SPD)
- Welche finanziellen Belastungen können auf den Bundeshaushalt durch Verpflichtungen der Bundesregierung aus Hermes-Bürgschaften u. a. zukommen, falls der Iran auf Grund der dort eingetretenen politischen Veränderungen seinen Zahlungsverpflichtungen gegenüber deutschen Firmen nicht nachkommt?
60. Abgeordneter
Schmidt
(München)
(SPD)
- Werden im Falle staatlicher Leistungen die bisher von deutschen Firmen im Iran erzielten Gewinne dabei in Anrechnung gebracht?
61. Abgeordneter
Hofmann
(Kronach)
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, ihre Subventionen an die Firma Siemens Aktiengesellschaft mit der Auflage bzw. dem Apell zu verbinden, daß sie ihre Betriebe im Zonenrandgebiet nicht schließt (Teuschnitz) bzw. keine Arbeitsplatzreduzierungen (Neustadt bei Coburg) vornimmt?
62. Abgeordnete
Frau
Dr. Lepsius
(SPD)
- Kann die Bundesregierung mitteilen, ob und gegebenenfalls bis zu welchem Zeitpunkt mit einer gesetzlichen Neuregelung der Bundestarifordnung „Elektrizität“ zu rechnen ist, und wird das sogenannte Bestabrechnungsverfahren für Stromtarife den Elektrizitätsversorgungsunternehmen zwingend vorgeschrieben?
63. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Braunschweig)
(CDU/CSU)
- Wie ist die Antwort der Bundesregierung vom 24. Januar 1979 auf eine Anfrage von mir zu verstehen, wenn einerseits am Vortag die für 1979 vorgesehenen Bundesmittel für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ in zweiter Lesung vom Deutschen Bundestag gegenüber dem Vorjahr um 20 Millionen DM verringert worden sind, die Bundesregierung andererseits mitteilt, die betreffenden Ausgaben seien für 1978 bis 1982 in Vorwegnahme späterer EG-Rückflüsse um je rund 30 Millionen DM jährlich verstärkt worden?
64. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Braunschweig)
(CDU/CSU)
- Wie begründet die Bundesregierung im Hinblick auf diese Kürzung der Haushaltsmittel einerseits und die Tatsache andererseits, daß die in ihrer Antwort vom 24. Januar 1979 ebenfalls aufgeführte, im übrigen noch gar nicht beschlossene, Aufstockung des ERP-Regionalprogramms 1979 sich bezieht auf mit EG-Zuschüssen nicht vergleichbare rückzahlbare Darlehensmittel, ihre Behauptung, die Ansätze für die Regionalförderung seien um mehr als die Rückflüsse aus dem EG-Regionalfonds aufgestockt worden?
65. Abgeordneter
Frau
Hoffmann
(Hoya)
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, was mit den Empfehlungen geschieht, die der Beirat für Fragen des Tourismus beim Bundeswirtschaftsminister ausspricht, welchen Dienststellen oder Gremien diese Empfehlung unterbreitet werden, oder wer für die Durchführung dieser Maßnahmen verantwortlich ist?

66. Abgeordneter
Frau
Hoffmann
(Hoya)
(CDU/CSU) Wie erklärt die Bundesregierung die Tatsache, daß auf Grund von eingeholten Auskünften das Bundesfinanzministerium keine Kenntnis von den Empfehlungen des Beirats zur Lage der Heilbäder und Kurorte und zur Frage der Mehrwertsteuer im Gastgewerbe — beide vom 31. Mai 1978 — vom Bundeswirtschaftsministerium erhalten hat?
67. Abgeordneter
Frau
Hoffmann
(Hoya)
(CDU/CSU) Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung bisher zu den beiden vorstehend angesprochenen Empfehlungen des Beirats für Fragen des Tourismus beim Bundeswirtschaftsminister durchgeführt oder eingeleitet?
68. Abgeordneter
Schartz
(Trier)
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß in Deutschland hergestellte Automobile im Land Luxemburg wesentlich billiger zu erwerben sind als in der Bundesrepublik Deutschland, und daß bei ordnungsgemäßer Überführung dieser fabrikneuen Autos nach Deutschland eine Preisdifferenz von einigen Tausend DM je Automobil besteht und weshalb dies so ist, und welche Folgerungen zieht sie gegebenenfalls hieraus?
69. Abgeordneter
Schartz
(Trier)
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Lieferzeit für deutsche Autos im Land Luxemburg wesentlich kürzer ist als in der Bundesrepublik Deutschland und worauf dies zurückzuführen ist, und welche Folgerungen zieht sie gegebenenfalls hieraus?
70. Abgeordneter
Gansel
(SPD) Wann werden die Ausführungsbestimmungen zum Schiffbauhilfeprogramm der Bundesregierung veröffentlicht werden, und warum ist eine Veröffentlichung der Ausführungsbestimmungen noch nicht erfolgt, obwohl das Programm im wesentlichen seit mehreren Monaten feststeht?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

71. Abgeordneter
Simpfendörfer
(SPD) Hat die Bundesregierung Bedenken gegen die Aufnahme der forstlichen Jungbestandspflege in die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur, wie sie vom Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Bundestages einstimmig gewünscht wird, und wenn ja, welcher Art sind die Bedenken?
72. Abgeordneter
Simpfendörfer
(SPD) Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus der Tatsache, daß in der forstlichen Betriebswirtschaftslehre, z. B. im Lehrbuch von Prof. Speidel, Freiburg, 1967, die Ästung und Läuterung junger Bestände als Realinvestition bezeichnet werden, wobei Läuterung synonym mit Bestandspflege verwendet wird?
73. Abgeordneter
Simpfendörfer
(SPD) Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus der Tatsache, daß aus der Begründung zum Gesetzentwurf über die Gemeinschaftsaufgabe zu entnehmen ist, daß insbesondere die „Verbesserung der Bestockung“ zu den waldbaulichen Maßnahmen der Gemeinschaftsaufgabe zu zählen ist?

74. Abgeordneter
Simpfendorfer
(SPD) Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß die Läuterung junger Bestände bzw. die Jungbestandspflege der „Verbesserung der Bestockung“ dient, und welche Folgerungen zieht sie gegebenenfalls daraus?
75. Abgeordneter
Zink
(CDU/CSU) Hätte das geltende Bundesrecht ausgereicht, um den Giftmilchskandal in den Riedgemeinden des Kreises Groß Gerau zu verhindern?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Arbeit und Sozialordnung**

76. Abgeordneter
Hasinger
(CDU/CSU) Hält es die Bundesregierung für richtig, daß ausländischen Arbeitnehmern, die bei Rückkehr in das Heimatland einen Anspruch auf Rückerstattung der Rentenversicherungsbeiträge besitzen, weil kein Sozialversicherungsabkommen besteht, die Rückerstattung bloß deshalb verweigert wird, weil die Rentenversicherung dem Arbeitgeber eine Einarbeitungsbeihilfe (Eingliederungshilfe) gewährt hat, und wenn nein, welche Folgerungen zieht sie daraus?
77. Abgeordneter
Dr. Köhler
(Duisburg)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung in der Lage, angesichts der Tatsache, daß beispielsweise zwar schwerbehinderte Arbeitnehmer bevorzugt eingestellt werden sollen, ein schwerbehinderter Selbständiger sich selbst aber nicht einmal auf die Anzahl der Pflichtplätze anrechnen darf, in einem Zweimannbetrieb zwar der Arbeitnehmer, nicht aber der Selbständige einen Weihnachtsfreibetrag geltend machen kann, und zwar bei Nichtselbständigen Versorgungsbezüge aus früheren Dienstleistungen z. T. steuerfrei sind, bei Selbständigen aber betriebliche Versorgungsbezüge ähnlicher Art voll versteuert werden müssen, einen vollständigen Überblick über die Fälle der Ungleichbehandlung von Selbständigen und Nichtselbständigen nebst den Begründungen zu geben?
78. Abgeordneter
Dr. Köhler
(Duisburg)
(CDU/CSU) Welche Schritte beabsichtigt die Bundesregierung zu unternehmen, um einer nicht begründbaren Ungleichbehandlung in diesem Bereich entgegenzuwirken und die Gleichbehandlung von Selbständigen und Nichtselbständigen sicherzustellen, wenn sie sich in der gleichen Lage befinden?
79. Abgeordneter
Müller
(Mülheim)
(SPD) Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, ob Asbestose-Erkrankungen erheblich zugenommen haben und im Verhältnis zu der Zahl gewerblicher Arbeitnehmer, die in der asbestverarbeitenden Industrie tätig sind, auffallend häufig auftreten?
80. Abgeordneter
Müller
(Mülheim)
(SPD) Wird die Tatsache, daß Mitgliedsländer der Europäischen Gemeinschaften dies zum Anlaß genommen haben, Anwendungsverbote für Asbest auszusprechen, die Bundesregierung veranlassen, ähnlich zu verfahren, oder wird sie sich dafür entscheiden, im Rat der Europäischen Gemeinschaften die Kommission zur Vorlage eines entsprechenden Richtlinienentwurfs aufzufordern?

81. Abgeordneter
Rühe
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, einem Vorschlag der Arbeits- und Sozialminister der Länder zu folgen, den § 53 des Schwerbehindertengesetzes so zu ändern, daß Auftraggeber, die Aufträge an arbeits-therapeutische Einrichtungen in psychiatrischen Einrichtungen erteilen, 30 v. H. des Rechnungsbetrags auf die jeweils zu zahlende Ausgleichsabgabe anrechnen können?
82. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) Hält die Bundesregierung zusätzliche Maßnahmen für notwendig, um die betroffenen Arbeitnehmer vor den Stoffen zu schützen, die in der vom Internationalen Arbeitsamt im Dezember 1978 erarbeiteten Liste der krebserzeugenden Stoffe in industriellen Verfahren aufgeführt sind?
83. Abgeordneter
Dr. Zeitel
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß auch Schwarzarbeiter von Berufsgenossenschaften gegen Unfallrisiken versichert werden und gegebenenfalls, welchen Umfang die Versicherung der Schwarzarbeiter hat?
84. Abgeordneter
Dr. Zeitel
(CDU/CSU) Ist es zutreffend, daß das zuständige Bundesministerium den entsprechenden Berufsgenossenschaften auferlegt hat, auf keinen Fall anderen Behörden wie beispielsweise den Ordnungsämtern Kenntnis davon zu geben, wer an Schwarzarbeitern bei ihnen unfallversichert ist?
85. Abgeordneter
Lutz
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Auffassung ihrer Vorgängerin, die in der Denkschrift zur Einbringung des Ratifikationsgesetzes zur Europäischen Sozialcharta (Drucksache IV/2117, Seite 29) ausführte, daß Beamte keine Arbeitnehmer im Sinne der Europäischen Sozialcharta sind und daß somit alle die Vorschriften, die sich auf die Arbeitnehmer beziehen, auf die Beamten nicht anwendbar sind, und wenn ja, warum hat die Bundesregierung in ihrer gegenüber dem Europarat abgegebenen Deklaration vom 28. September 1961 lediglich den Absatz 2 (Kollektivvertragsrecht) und Absatz 4 (Streikrecht) von Artikel 6 des Teils II der Europäischen Sozialcharta als unanwendbar auf die Beamten in der Bundesrepublik Deutschland bezeichnet?
86. Abgeordneter
Lutz
(SPD) Wenn am Rechtscharakter der gegenüber dem Europarat abgegebenen Deklaration, die sich ausdrücklich nur auf Artikel 6 Abs. 2 und 4 bezieht, Zweifel bestehen, ist dann davon auszugehen, daß die in der Denkschrift zum Ratifikationsgesetz gegebene Interpretation hinsichtlich der Anwendbarkeit der Sozialcharta auf Beamte, die über den Inhalt der Deklaration vom 28. September 1961 hinausgeht, völkerrechtliche Wirkung bzw. Bedeutung hat?
87. Abgeordneter
Lutz
(SPD) Hält es die Bundesregierung juristisch und gesellschaftspolitisch für vertretbar, daß die Beamten von allen Vorschriften der Sozialcharta ausgeschlossen werden, die sich auf Arbeitnehmer beziehen?

88. Abgeordnete
Frau
Dr. Lepsius
(SPD) Sieht die Bundesregierung bei der Neuregelung des Mutterschutzgesetzes und der Einführung eines Mutterurlaubs eine Möglichkeit, bei Vorliegen entsprechender zeitlicher Anknüpfungspunkte der Geburt eines Kindes einen Mutterschaftsurlaub bei Adoption eines Kindes in die gesetzliche Neuregelung mit einzubeziehen, und welche Überlegungen stellt die Bundesregierung an?
89. Abgeordneter
Schartz
(Trier)
(CDU/CSU) Findet das Abkommen über soziale Sicherheit mit Griechenland auf die nach dem Gesetz über die Krankenversicherung der Landwirte, dem Gesetz über die Krankenversicherung der Studenten und dem Gesetz über die Sozialversicherung Behinderter versicherten Personen keine Anwendung, und welche Gründe stehen der Ausweitung des Abkommens auch auf diese Personengruppen entgegen, und wann beabsichtigt die Bundesregierung, entsprechende Verhandlungen mit Griechenland aufzunehmen?
90. Abgeordneter
Biehele
(CDU/CSU) Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus der Warnung des Direktors des Instituts für Pharmakologie und Toxikologie der Universität Münster, Professor Dr. Kemper, in einer kürzlichen Sendung des Südwestfunks, daß ältere Verpackungsmaterialien für Lebensmittel und Küchengerätschaften aus Polyvinylchlorid (PVC) „gesundheitlich bedenkliche Wirkungen“ auslösen könnten, wenn sie erstmals benutzt werden, und welche Möglichkeiten sieht gegebenenfalls die Bundesregierung, hier gesundheitliche Gefahren für Menschen abzuwehren?
91. Abgeordneter
Schreiber
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die weiterhin steigende Zahl arbeitsloser Schwerbehinderter, und welche Maßnahmen wird sie nach Auslaufen des zweiten Schwerbehindertensonderprogramms zur Überwindung der Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter ergreifen?
92. Abgeordneter
Schreiber
(SPD) Ist die Bundesregierung mit mir der Meinung, daß die Ausgleichsabgabe von 100 DM pro unbesetztem Pflichtplatz die ihr zuge dachte Ausgleichsfunktion nicht mehr erfüllt und daher erhöht werden sollte?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

93. Abgeordneter
Baron
von Wrangel
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Meinung, daß die Schneekatastrophe in Schleswig-Holstein deutlich gemacht hat, daß die Winterbekleidung für Soldaten der Bundeswehr unzureichend ist?
94. Abgeordneter
Baron
von Wrangel
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, bei den Bataillonen einen zusätzlichen Kampfanzug auszugeben und die Regenschutzbekleidung der Soldaten nach amerikanischem Beispiel zu verbessern?
95. Abgeordneter
Baron
von Wrangel
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung mitteilen, aus welchen Gründen die Errichtung von Soldatenheimen in den Standorten Wentorf und Elmenhorst im Kreis Herzogtum Lauenburg herausgeschoben wurde, und wann mit der dringend notwendigen Errichtung dieser Soldatenheime begonnen wird?

96. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß sich der Preis für die Abgabe einer Mittagsverpflegung z. B. an ziviles Wachpersonal von bisher 3 DM auf 5,65 DM erhöhte, weil die Sach- und Personalkosten auf über das Dreifache gesteigert wurden, und ist die Regierung bereit, möglichst kurzfristig eine Ausnahmegenehmigung herbeizuführen, durch die dieser Personenkreis den Soldaten in der Berechnung des Verpflegungsgelds gleichgestellt wird?
97. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU)
- Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor, durch die sie bestätigen kann, daß die Meldung, wonach die „Nationale Volksarmee“ der DDR mit Waffen für einen Gaskrieg ausgerüstet wird, zutrifft, und welche Schritte beabsichtigt die Bundesregierung, gegebenenfalls bei einem solchen Verstoß gegen die Genfer Konvention zu unternehmen?
98. Abgeordneter
Dr. Becker
(Frankfurt)
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, dem Beispiel des Bundesverteidigungsministers zu folgen, die Vergabeverfahren für Aufträge auch in den anderen Bundesministerien verständlicher zu beschreiben als das in den bisher vorliegenden Richtlinien der Fall ist, da die kompliziert geschriebenen oft juristisch verklausulierten Bestimmungen von mittelständischen Interessenten oft nicht verstanden werden?
99. Abgeordneter
Dr. Becker
(Frankfurt)
(CDU/CSU)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, dem Staat gehörendes Gelände, z. B. Truppenübungsplätze, an Wochenenden Sportverbänden, z. B. Motorradverbänden, zu Übungszwecken zur Verfügung zu stellen?
100. Abgeordneter
Würzbach
(CDU/CSU)
- Warum sind seit kurzem Treibladungshülsen von Manövermunition 9 mm und auch von der scharfen Patrone 9 mm beide gleich und aus Messing gefertigt?
101. Abgeordneter
Würzbach
(CDU/CSU)
- Kann dies nicht im Gegensatz zu der bisher unterschiedlichen Gestaltung von grüner Plastikmanöverpatrone und scharfer Messingmetallpatrone zu schwerwiegenden Verwechslungen führen und Menschenleben ernsthaft gefährden, und will die Bundesregierung nicht aus Gründen der Sicherheit und Unterscheidungsmöglichkeit für die Soldaten umgehend wieder unterschiedliche Farben und Materialien für Übungspatronen und scharfe Geschosse der 9 mm Waffen einführen?
102. Abgeordneter
Jung
(FDP)
- Ist es richtig, daß das Bundesland Rheinland-Pfalz in den letzten Jahren zu den Bundesländern mit dem geringsten Anteil an Rüstungsaufträgen gehörte?
103. Abgeordneter
Jung
(FDP)
- Welche Ursachen hat dies gegebenenfalls gehabt, und welche Möglichkeiten für eine Verbesserung in der Zukunft sind gegeben?
104. Abgeordnete
Frau
Dr. Lepsius
(SPD)
- Welche Ergebnisse haben die mir vor einem halben Jahr von Seiten der Bundesregierung angekündigten Verhandlungen mit der kanadischen Regierung erzielt, beim Militärflugplatz Sölingen Lärmschutzhallen zur Verminderung des Bodenlärms bei sogenannten Probeläufen zu errichten, wie dies bei anderen Militärflugplätzen bereits der Fall ist?

105. Abgeordneter
Dr. Wernitz
(SPD) War das Bundesverteidigungsministerium darüber informiert, daß Dr. Otto von Habsburg, der öffentlich als Verfechter einer Einmann-Diktatur auf Zeit, mit Schnelljustiz und Todesstrafe in bestimmten Situationen bekannt geworden ist, bei einer Bundeswehreinheit in Rottenburg a. d. Laaber (Landkreis Landshut) aufgetreten ist, und hat es dem gegebenenfalls zugestimmt?
106. Abgeordneter
Dr. Wernitz
(SPD) Hat es sich hierbei gegebenenfalls um eine Art „staatsbürgerlichen Unterrichts“ gehandelt, und ist die Bundesregierung der Auffassung, daß der Vertreter eines verfassungswidrigen Diktaturmodells für eine derartige Aufgabe qualifiziert ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

107. Abgeordneter
Müller
(Schweinfurt)
(SPD) Sind der Bundesregierung schwedische Untersuchungen bekannt, nach denen das Antiseptikum Hexachlorophen, das von Ärzten und in Kliniken zur Desinfektion verwendet wird, Mißbildungen bei Neugeborenen hervorrufen soll, und kann die Bundesregierung darüber Auskunft geben, ob dieses Mittel auch in der Bundesrepublik Deutschland Verwendung findet, und welche Konsequenzen gegebenenfalls aus der schwedischen Untersuchung gezogen worden sind?
108. Abgeordneter
Dr. Becker
(Frankfurt)
(CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung eine Korrelation von liberalistischen Trends, wie Ehescheidung, Frühsexualität, Abtreibungserleichterung, Berufstätigkeit der Mutter auf der einen Seite und negative Sozialindikatoren, wie Selbstmord, Suchtneigung und Kriminalität bei der jungen Generation, und welche Maßnahmen unternimmt die Bundesregierung gegebenenfalls, diese Korrelation aufzulösen?
109. Abgeordneter
Dr. Becker
(Frankfurt)
(CDU/CSU) Wieviel Forschungsaufträge im Arzneimittelbereich und an wen hat die Bundesregierung in den letzten zwei Jahren vergeben?
110. Abgeordnete
Frau Schleicher
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß das Bundesgesundheitsamt allgemein die Bereitschaft der deutschen Ärzteschaft in Zweifel zieht, Indikationseinschränkungen für Medikamente zu beachten, und was wird die Bundesregierung gegebenenfalls unternehmen, um das Bundesgesundheitsamt zu veranlassen, bei seinen Entscheidungen von einem pflichtgemäßen Verhalten der deutschen Ärzteschaft auszugehen?
111. Abgeordneter
Vogelsang
(SPD) Welche Schritte erscheinen der Bundesregierung innerhalb ihres Verantwortungsbereichs geeignet, in den kommenden Jahren Produktion und Vertrieb von Kriegsspielzeug stärker als bisher einzudämmen?
112. Abgeordneter
Vogelsang
(SPD) Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, den hohen Import von Kriegsspielzeug, insbesondere von Baukästen mit aufgemaltem kriegerischen Hintergrund und der Anleitung zu Kampfeinsätzen, zu verhindern?

113. Abgeordnete
**Frau
Berger
(Berlin)
(CDU/CSU)**
- Trifft es zu, daß im Rahmen der Ausstellung des Bundesgesundheitsministeriums im SFB für einen Sehtest anstelle eines Planspiegels zunächst eine Hochglanzaluminiumplatte verwendet wurde, wie der „Berliner Tagesspiegel“ vom 26. Januar 1979 berichtet, und wenn ja, welche Gründe lagen dafür vor?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr
und für das Post- und Fernmeldewesen**

114. Abgeordneter
**Picard
(CDU/CSU)**
- Wann und auf welche Weise wird die Bundesregierung die gegenwärtigen Verkehrsverhältnisse auf der A 680 / B 26 bei der Einfahrt in die Stadt Darmstadt, die zu einer unerträglichen Belastung der Verkehrsteilnehmer, besonders der Berufstätigen, geführt haben, verbessern?
115. Abgeordneter
**Peters
(Poppenbüll)
(FDP)**
- Ist die Bundesregierung bereit, über Verhandlungen mit dem Land Schleswig-Holstein zu erwirken, daß im Zug der geplanten Umgehungsstraße Husum, wie von einer Bürgerinitiative vorgeschlagen, die Straßentrasse auf der Lundberggeest abzusenken, so daß die Straße dann als Geländeeinschnitt durch den Lundberg verläuft, mit den beachtlichen Vorteilen für den Schallschutz, für den Landschaftsschutz und für die Straßengestaltung?
116. Abgeordneter
**Peters
(Poppenbüll)
(FDP)**
- Hält die Bundesregierung eine Trassenführung, wie in Frage 115 beschrieben, mit einer schienengleichen Kreuzung der Umgehungsstraße und der Bahnlinie Husum—Erfde für möglich, zumal diese Bahnlinie nur noch für den Güterverkehr und in der Regel einmal täglich betrieben wird?
117. Abgeordneter
**Hartmann
(CDU/CSU)**
- Verschließt sich die Deutsche Bundesbahn den bei der Bundesbahndirektion Nürnberg detailliert vorgetragenen verwaltungsmäßigen, betrieblichen, verkehrlichen und bautechnischen Gesichtspunkten, die dafür sprechen, daß die aus Rationalisierungsgründen notwendige Neuabgrenzung zwischen den Betriebsämtern Hof und Nürnberg I nicht – wie vorgesehen – bei Kilometer 53,8 der Strecke Nürnberg—Schnabelwaid, sondern nördlich des Bahnhofs Ranna, vorschlagsweise bei Kilometer 66,8 dieser Strecke (Bahnhof Pegnitz), erfolgt, und wenn ja, warum, bzw. ist die Deutsche Bundesbahn bereit, den vorgetragenen Gegenvorstellungen bei der Neuordnung der bautechnischen Dienststellen ihres Außendienstes Rechnung zu tragen?
118. Abgeordnete
**Frau
Verhülsdonk
(CDU/CSU)**
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß der heute vorhandene Strafrahmen für Verstöße gegen die Rheinschiffahrtspolizeiverordnung (z. B. im Zusammenhang mit Geschwindigkeitsüberschreitungen bei Hochwasser) bei weitem nicht ausgeschöpft wird, und ist die Bundesregierung bereit, den für die Länder erlassenen einheitlichen Bußgeldkatalog zu überprüfen und die zuständigen Wasser- und Schifffahrtsdirektionen als Mittelbehörde des Bundesverkehrsministers anzuweisen, den Strafrahmen auszuschöpfen?

119. Abgeordneter **Braun**
(CDU/CSU) In welchen Zeitabläufen ist der Ausbau der A I zwischen Leverkusener Kreuz und Remscheid vorgesehen, und welche Möglichkeiten sind gegeben, um diesen Ausbau zu beschleunigen, da inzwischen streckenweise die Höchstgeschwindigkeit wegen des schlechten Fahrbahnzustands auf 60 km/h herabgesetzt wurde?
120. Abgeordneter **Seefeld**
(SPD) Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, ob in letzter Zeit vermehrt Lastkraftwagen mit Ladung gestohlen wurden, und wie hoch gegebenenfalls die dabei bislang entstandenen Schäden zu beziffern sind, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um durch geeignete Vorschriften für Sicherheitsvorkehrungen (z. B. Lenkradschlösser) derartige Diebstähle weitgehend auszuschließen?
121. Abgeordneter **Spranger**
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß in letzter Zeit vermehrt ausländische, insbesondere englische und italienische, Kraftfahrzeugversicherungen es ablehnen, für Unfallschäden, die durch ausländische Verkehrsteilnehmer mit ausländischen Kennzeichen an deutschen Verkehrsteilnehmern in der Bundesrepublik Deutschland verschuldet werden, Versicherungsschutz zu gewähren, und was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um den Ersatz des Schadens in diesen Fällen auch ohne die Durchführung langwieriger Prozesse sicherzustellen?
122. Abgeordneter **Dr. Hornhues**
(CDU/CSU) Für wann ist — unter Berücksichtigung des Haushaltsansatzes 1979 — mit Beginn und Ende des Ausbaus des Osnabrücker Zweigkanals zu rechnen, und in welcher Relation stehen diese Daten mit den ursprünglichen Ausbauzielen?
123. Abgeordneter **Dr. Hornhues**
(CDU/CSU) Bleibt die Absicht, den Personenschienenverkehr auf den Bundesbahnstrecken Osnabrück — Brackwede und Osnabrück — Delmenhorst einzustellen, bestehen, oder hat das diesbezüglich in Oldenburg am 2. November 1978 geführte Regionalgespräch zu einer Meinungsänderung geführt?
124. Abgeordneter **Immer**
(Altenkirchen)
(SPD) Aus welchen Gründen ist es noch immer nicht zur Errichtung einer Lärmschutzanlage im Zuge der B 42 entlang des Neuwieder Ortsteils Block gekommen, obwohl diese verschiedentlich vom Land und Bund in Aussicht gestellt wurde?
125. Abgeordneter **Peiter**
(SPD) Wann ist nunmehr mit der Fortführung des Ausbaus der B 414 (Hachenburg — Altenkirchen) im Bereich zwischen Bahnhof Ingelbach und Hachenburg zu rechnen?
126. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen**
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, in Ergänzung der Richtlinien über Einrichtung und Betrieb von Fluglärmmeßanlagen für Verkehrsflughäfen (VKBl. 1972, Seite 533) anzuordnen, daß Betriebe, Meßwertverarbeitung und -auswertung sowie Ermittlung des Beurteilungspegels einheitlich für alle Verkehrsflughäfen nach den maßgebenden deutschen Normen erfolgen müssen, wobei die einschlägigen Normen dabei im einzelnen zu bezeichnen sind?
127. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen**
(SPD) Was kann die Bundesregierung tun, um die Bundesanstalt für Flugsicherung im Hinblick auf die Einhaltung ihrer Planungsrichtlinien bezüglich der Verfolgung von lärmnachteiligen Abweichungen von Flugrouten anzuhalten, und hält sie insbe-

- sondere die Installation von wirksamen Flugüberwachungsanlagen für alle Verkehrsflughäfen der Bundesrepublik Deutschland für eine wirksame Möglichkeit dazu?
128. Abgeordneter
Gerster
(Mainz)
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die Deutsche Bundesbahn ohne vorherige Abstimmung mit den betroffenen Stellen, z. B. der Stadtverwaltung Bingen, im neuen Fahrplan den Haltepunkt Bingen-Stadt völlig ausgespart hat und Züge lediglich auf dem Bahnhof Bingerbrück anhalten läßt, und wie konnte es gegebenenfalls dazu kommen?
129. Abgeordneter
Gerster
(Mainz)
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß die Deutsche Bundesbahn Maßnahmen ergreifen muß, um die dadurch verursachten Nachteile für die Bevölkerung der Stadt Bingen auszugleichen, und welche Maßnahmen sind bis zu welchem Zeitpunkt geplant?
130. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU)
- Welchen Grad von Lärmbelästigung hat die linksrheinische Autobahn A 61 im Bereich der Ortslage Erftstadt-Bliesheim inzwischen erreicht?
131. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, an der A 61 im Bereich der Ortslage Erftstadt-Bliesheim Lärmschutzwände zu errichten, zumal festgestellt worden ist, daß sogenannte passive Lärmschutzmaßnahmen wie doppeltverglaste Fenster usw. nicht mehr ausreichen, und wenn ja, zu welchem Zeitpunkt?
132. Abgeordneter
Dr. Haussmann
(FDP)
- Sieht die Bundesregierung Gründe, den Vertrieb von genehmigungspflichtigen Rundfunkgeräten zu verbieten, und wenn nein, welche Gründe sprechen nach Auffassung der Bundesregierung dafür, daß der Betrieb solcher Geräte genehmigungspflichtig ist?
133. Abgeordneter
Dr. Haussmann
(FDP)
- Hält die Bundesregierung eine zwingende Verpflichtung für erforderlich, daß beim Verkauf derartiger Geräte auf die Genehmigungspflicht hingewiesen wird?
134. Abgeordneter
Dr. Stavenhagen
(CDU/CSU)
- Wie hat sich das Problem der überalterten Oberinspektoren bei der Deutschen Bundespost in den letzten Jahren entwickelt, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um eine Lösung herbeizuführen, damit im Vergleich zu anderen Verwaltungen des öffentlichen Dienstes Möglichkeiten geschaffen werden, die überalterten Postoberinspektoren zu Postamtännern zu befördern?
135. Abgeordneter
Hartmann
(CDU/CSU)
- Ist die Befürchtung der Bürger in der Gemeinde 8561 Hartenstein, Landkreis Nürnberger Land, begründet, die dortige Poststelle 2 werde in absehbarer Zeit aufgelöst, nachdem der Zustelldienst für das Gemeindegebiet Hartenstein teils bereits nach 8564 Velden umgegliedert worden ist, teils im Lauf des Jahrs 1979 noch umgegliedert werden soll, oder können die dortigen Postkunden damit rechnen, daß die übrigen Postdienste auch künftig ortsnahe bei der Poststelle 2 in Hartenstein in Anspruch genommen werden können?
136. Abgeordnete
Frau Berger
(Berlin)
(CDU/CSU)
- Nach welchen Kriterien entscheidet die Deutsche Bundespost über die Aufstellung von behindertengerechten Telefonzellen, insbesondere für Rollstuhlbenutzer?

137. Abgeordnete
**Frau
Berger
(Berlin)
(CDU/CSU)** Wieviel solcher Telefonzellen — im Vergleich zur Gesamtzahl — sind in der Bundesrepublik Deutschland bisher aufgestellt worden?
138. Abgeordneter
**Klein
(Dieburg)
(SPD)** Sind der Bundesregierung Schätzungen über die Zahl der Empfangsgeräte mit unzulässigen Frequenzbereichen bekannt, die in den letzten Jahren von Rundfunkhändlern oder Versandhäusern ohne Hinweis auf die Rechtswidrigkeit der Inbetriebnahme verkauft worden sind, und welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?
139. Abgeordneter
**Möhring
(SPD)** Ist die Bundesregierung mit mir der Meinung, daß ländliche Poststellen dadurch unentbehrlich sind, daß sie die direkte Verbindung der Deutschen Bundespost mit der Bevölkerung durch ihre am Ort bekannten Postboten praktizieren und so am besten die von uns allen gewünschte Bürgernähe der staatlichen Institutionen verwirklicht, und wird die Deutsche Bundespost diese Meinung bei ihren Planungen berücksichtigen?
140. Abgeordneter
**Möhring
(SPD)** Ist die Bundesregierung bereit zuzustimmen, daß gerade in strukturschwachen Gebieten mit dünner Besiedelung, wie zum Beispiel im Raum Lüchow-Dannenberg, der Postbote oder die Postbotin herkömmlicher Art unentbehrlich ist, weil bei Fortfall dieser Zustellungsart durch die überdehnten Entfernungen unüberwindliche Probleme in der Bedienung des Bürgers entstehen, und wird die Deutsche Bundespost auch diese Meinung bei ihren Planungen berücksichtigen?
141. Abgeordneter
**Dr. Langner
(CDU/CSU)** Ist die Bundesregierung bei Einführung des neuen Fernsprechtarifsystems für Orts-, Nah- und Ferngespräche bereit, die Zeittaktzähler so einzustellen, daß auch im ersten Zeittakt volle acht Minuten für eine Gesprächseinheit gesprochen werden kann und nicht nur durchschnittlich sieben Minuten und fünfundvierzig Sekunden, wie die Bundesregierung in der Antwort des parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen auf meine Anfrage Nr. 145 aus Drucksache 8/2477 (Stenographischer Bericht Seite 10 603) erklärte?
142. Abgeordneter
**Immer
(Altenkirchen)
(SPD)** Inwieweit und gegebenenfalls wann wird im Zuge der Neuabgrenzung von Fernsprechnahbereichen ein einheitliches Ortsnetz der Stadt Neuwied geschaffen und damit der Veränderung durch die Verwaltungsreform Rechnung getragen?
143. Abgeordneter
**Seiters
(CDU/CSU)** Wie viele Personen sind 1978 von den Bestimmungen der Fernmeldeordnung und Fernsprechgebührenordnung betroffen worden, Mehrkosten für entlegene Fernsprechanschlüsse zu übernehmen, und wie viele Personen sind davon wohnhaft in der Grafschaft Bentheim und im Landkreis Emsland?
144. Abgeordneter
**Seiters
(CDU/CSU)** Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß von diesen Bestimmungen viele Fernsprechteilnehmer betroffen werden, die schon auf Grund ihrer Wohnlage auf ein Telefon angewiesen sind, für die aber die Zahlung der zum Teil erheblichen Mehrkosten eine große Härte darstellt, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

145. Abgeordneter
Seiters
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß durch die vorliegenden Bestimmungen die Menschen im ländlichen Raum benachteiligt werden, und wie steht die Bundesregierung zu Vorschlägen, die Kosten für die Fernsprechteilnehmer zu senken bzw. Härterege- lungen für den Einzelfall in die bestehenden gesetzlichen Vorschriften aufzunehmen?
146. Abgeordneter
Hoffmann
(Saarbrücken)
(SPD) Wieviel Plätze für Auszubildende stehen 1979 bei der Deutschen Bundespost und der Deutschen Bundesbahn zur Verfügung, und in welchem Verhältnis stehen diese Zahlen zu den vorangegangenen Jahren und dem von der Bundesregierung ermittelten Bedarf an Ausbildungsplätzen in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt?
147. Abgeordneter
Hoffmann
(Saarbrücken)
(SPD) Wieviel Arbeitsplätze werden 1979 voraussichtlich bei der Deutschen Bundespost und der Deutschen Bundesbahn von Schwerbehinderten eingenommen, und wie verhalten sich diese Zahlen zu den vorangegangenen Jahren und den Anforderungen des Schwerbehindertengesetzes?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

148. Abgeordneter
Dr. Riesenhuber
(CDU/CSU) Was hat die Bundesregierung unternommen, damit rechtliche und verwaltungstechnische Hemmnisse für die Einführung der Solarenergie in der Bundesrepublik Deutschland abgebaut werden, und welche politischen Folgerungen hat sie aus den Gutachten gezogen, die sie zu diesem Thema sich anfertigen ließ?
149. Abgeordneter
Dr. Riesenhuber
(CDU/CSU) Was sind die Gründe dafür, daß zwischen Bund und Ländern noch keine Abstimmung erfolgt ist, um rechtliche und verwaltungsmäßige Hemmnisse bei der Einführung der Solarenergie abzubauen, obwohl diese Probleme schon längst den verantwortlichen politischen Stellen bekannt sind?
150. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse über Zahlen in den einzelnen Bundesländern vor, die Aufschluß hinsichtlich der Genehmigungen für den Einbau von Wärmepumpen und Solaranlagen im Rahmen des Energieeinsparungsgesetzes geben, und wenn ja, wie lauten diese?
151. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU) Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die Erhöhung der radioaktiven Belastung der Bevölkerung bei starker Wärmedämmung der Wohnungen im Rahmen der Energieeinsparungsmaßnahmen vor, weil insbesondere radioaktive Gase aus dem Baumaterial der Wohnungen nicht mehr im früheren Umfang abgeführt werden?
152. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU) Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse darüber, in welchem Umfang der Krankheitsanfall der Bevölkerung bei starker Wärmedämmung der Wohnung erhöht wird, weil durch den geringeren Luftaustausch Krankheitserreger und Schadstoffe länger in der Atemluft bleiben?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
innerdeutsche Beziehungen**

153. Abgeordneter
Lintner
(CDU/CSU) Wie vielen Personen ist seit Inkrafttreten des Transitabkommens die Benutzung der Transitwege generell untersagt worden?
154. Abgeordneter
Lintner
(CDU/CSU) In wieviel Fällen ist dieses Verbot mittlerweile wieder aufgehoben worden?
155. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU) Läuft die Bundesregierung mit den in ihrer Antwort auf meine Anfrage zu den Äußerungen des SED-Politbüromitglieds Kurt Hager dargelegten Haltung zur deutschen Einheit nicht immer mehr Gefahr, daß dieses Schweigen zu provokativen Äußerungen prominenter SED-Politiker als Zurückweichen von den Forderungen der SED nach Verzicht auf die Einheit Deutschlands, als Schwäche oder als Resignation verstanden wird, und droht diese Haltung der Bundesregierung die SED-Führung nicht, zu immer heftigeren Verstößen gegen die Grundlagen der Einheit Deutschlands zu ermutigen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Forschung und Technologie**

156. Abgeordneter
Dr. Stavenhagen
(CDU/CSU) Wie hat sich die Mitarbeiterzahl in den Großforschungszentren in der Zeit von 1974 bis 1979 verändert (wissenschaftliche und nichtwissenschaftliche Mitarbeiter getrennt), wie hoch ist die Zahl der wissenschaftlichen Mitarbeiter in den Großforschungszentren zur Zeit, und wie hoch ist der geplante Stellenzuwachs im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung?
157. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß die Bundesrepublik Deutschland gegenüber Frankreich sowohl bei der Technik der Wiederaufbereitung abgebrannter Brennelemente als auch bei der Entsorgung so stark zurückgefallen ist, daß sich dies bereits auch auf die internationale Konkurrenzfähigkeit auszuwirken beginnt, und welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls zu ergreifen, damit die Bundesrepublik Deutschland wieder ihre frühere führende Spitzenstellung im Bereich der Nuklearenergie erreicht?
158. Abgeordnete
Frau
Dr. Neumeister
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß der Bundesminister für Forschung und Technologie bei der Errichtung eines Informationssystems eine Datenbank plant, die in ihrer Endausbaustufe Angaben über den Gesundheitszustand der gesamten Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland sammeln und speichern soll, und ist die Bundesregierung gegebenenfalls nicht auch der Auffassung, daß es sich hier um einen bedenklichen Eingriff in die ganz persönliche Welt jedes einzelnen Bürgers handeln würde?
159. Abgeordnete
Frau
Dr. Neumeister
(CDU/CSU) Wie begründet die Bundesregierung gegebenenfalls einen derartigen Eingriff, und wie gedenkt sie den Mißbrauch solch hoch persönlicher Angaben zu verhindern?

160. Abgeordneter **Dr.-Ing. Laermann** (FDP) Wieviel Tonnen abgebrannter Brennelemente aus Kernkraftwerken der Bundesrepublik Deutschland sind bisher in der Wiederaufbereitungsanlage der COGEMA in La Hague verarbeitet worden, und wie groß ist die bisher daraus angefallene Menge radioaktiven Abfalls, des Urans und des Plutoniums?
161. Abgeordneter **Gerstein** (CDU/CSU) Welche Bedeutung hat nach Auffassung der Bundesregierung die Erforschung, Weiterentwicklung und Anwendung von Verfahren der industriellen Algenzucht zur Erzeugung von Nahrungs- und Futtermitteln im Zusammenhang mit der Deckung der Eiweißlücke in der Welternährung?
162. Abgeordneter **Gerstein** (CDU/CSU) Aus welchen Gründen ist es nach Auffassung der Bundesregierung zu verantworten, daß die bisher von ihr geförderte und international anerkannte angewandte Algenforschung in Dortmund auf Grund einer Verlegung des Dortmunder Instituts nach Jülich unter Aufgabe der wertvollen Forschungseinrichtungen in Dortmund völlig zum Erliegen kommen wird, obwohl dies die einzige Forschungseinrichtung dieser Art in der Bundesrepublik Deutschland ist?
163. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD) Wie hat sich die Gewährung von Bundeszuschüssen der externen Vertragsforschung bei der Arbeitsgemeinschaft der Industriellen Gemeinschaftsform entwickelt, und wie waren die ersten Erfahrungen, insbesondere mit der durchschnittlichen Bearbeitungszeit?
164. Abgeordneter **Marschall** (SPD) Kann die Bundesregierung bestätigen, daß das Kernforschungszentrum Karlsruhe die zuständigen Aufsichtsbehörden über die in der Reaktoranlage KNK II im vergangenen Jahr aufgetretenen Störungen rechtzeitig, detailliert und umfassend informiert hat, bzw. wann wurden diese Vorgänge dem Aufsichtsrat und den Genehmigungsbehörden mitgeteilt?
165. Abgeordneter **Marschall** (SPD) Ist es nach Kenntnis der Bundesregierung möglich, daß bei einem Brutreaktor in der Größenordnung der in Kalkar geplanten Anlage ähnliche Vorgänge wie in Karlsruhe zu Reaktivitätsänderungen führen, die ein Durchschmelzen der Brennelemente oder unbeherrschbare prompt-kritische Vorgänge zur Folge haben könnten, und wenn ja, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?
166. Abgeordneter **Dr. Riesenhuber** (CDU/CSU) Welche Absichten hat der Bundesforschungsminister im Hinblick auf die Abschätzung der Folgen technologischer Projekte, die vom Bundesforschungsministerium gefördert werden, und bei welchen Projekten ist dies schon geschehen?
167. Abgeordneter **Dr. Riesenhuber** (CDU/CSU) Was hat der Bundesforschungsminister getan, um entsprechend seiner Ankündigung beim Amtsantritt die sozialen Folgen seiner Forschungsprogramme abzuschätzen und diese Abschätzung dem Parlament als Entscheidungsgrundlage zur Verfügung zu stellen?
168. Abgeordnete **Frau Dr. Martiny-Glotz** (SPD) Ist die Bundesregierung bereit, die ihr unterstehende Gesellschaft für Strahlenforschung aufzufordern, den Antrag für eine zu erteilende Baugenehmigung für eine Lagerhalle an die Gemeinde Oberschleißheim im Landkreis München zurückzuziehen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Bildung und Wissenschaft**

169. Abgeordneter
Gansel
(SPD)
- Steht die Bundesregierung noch zu ihrem Vorhaben, den Entwurf eines Bundesbildungsurlaubsgesetzes einzubringen, und wie weit sind die Vorarbeiten gediehen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
wirtschaftliche Zusammenarbeit**

170. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Münster)
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung Informationen über Städtepartnerschaften zwischen Städten der Bundesrepublik Deutschland und den Entwicklungsländern, insbesondere über deren inhaltliche Ausgestaltung und ihre entwicklungspolitische Bedeutung?

Bonn, den 2. Februar 1979